

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst. Sonntags.
Bezugspreis vierteljährl. 1,50 RM.
ohne Postbefreiungsb. Nur Post-
bezug. B. Heftung der alten Postan-
nahmen. Geschäftsstelle Berlin S. 55,
Lirbanke 61 Fernr: 8191 0428.

Waggonpreis
die viersprachige Beilage 20 Pf.
für Verbandsmitglieder 10 Pf.
Steuernangelegenheiten: 20 Pf. Der Wag-
gonpreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 22.

Berlin, den 25. Mai 1919.

35. Jahrgang.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 22. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Der Reichstarif für die Zigarettenindustrie ist nunmehr abgeschlossen, nachdem Einsprüche gegen den vereinbarten Inhalt desselben aus den beteiligten Zahlstellen nicht erhoben wurden. Der Haupttarif ist allen Zahlstellen durch die Zentralkommission für die Kartonnagenbranche bereits vor einigen Wochen zugefandt.

Der Tarif gilt auf Grund des mit dem Arbeitgeberverband für die Zigarettenindustrie vollzogenen Abschlusses ohne weiteres für alle diesem Verbands angeschlossenen Betriebe, wobei für uns die den Zigarettenfabriken angeschlossenen Kartonnagenabteilungen in Betracht kommen. Da Arbeitslöhne in den Haupttarif nicht eingestellt sind, müssen hierüber unterzüglich örtliche Vereinbarungen getroffen werden, sofern das nicht schon geschehen ist.

Von allen örtlichen Vereinbarungen über Lohnregelung bitten wir uns Mitteilung zu machen und einige Exemplare der Vereinbarung uns zuzufenden. Sollte Verständigung mit den Arbeitgebern über die Lohnregelung irgendwo nicht zustandekommen, ist der unter Nummer 6 des Hauptvertrages vorgezeichnete Weg zu verfolgen.

Alle Zigarettenfabriken mit Kartonnagenabteilungen, die dem Arbeitgeberverband nicht angehören, müssen durch besondere Maßnahmen zur Anerkennung des Haupttarifes und der örtlichen Lohnvereinbarungen genötigt werden. Ebenso empfehlen wir, darauf hinzuwirken, daß die für Zigarettenfabriken arbeitenden Kartonnagenfabriken den Tarif und die Lohnvereinbarungen ebenfalls anerkennen.

2. Neue Zahlstellen des Verbandes, die so-
gleich in Tätigkeit treten, sind mit unserer Zu-
stimmung in folgenden Orten begründet worden:

Gau 4: Goldberg i. Schl.

Sirchberg.

Striegau.

3. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten erhöht oder neu eingeführt und von uns genehmigt worden. Sie betragen jetzt in

| | Männl. Mittl. pro Woche | Weibl. Mittl. pro Woche |
|---------------|----------------------------|----------------------------|
| Danzig | 20 Pf. | 20 Pf. |
| Gießen-Wehlar | 15 " | 15 " |

4. Zur Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress teilen wir mit, daß die Kollegen Klar und Würzberger in Berlin die Annahme der Kandidatur abgelehnt haben. Sie scheiden bei der Wahl also als Kandidaten aus. Ihre Namen werden auf den Stimmzetteln weggelassen.

Der Verbandsvorstand.

Die Wahlen der Delegierten zum Gewerkschaftskongress

finden in den Tagen vom 30. Mai bis zum 2. Juni statt. Wir mahnen in letzter Stunde nochmals alle unsere Mitglieder, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Die Wichtigkeit der Wahl erfordert ein geschlossenes Antreten aller Kollegen und Kolleginnen zur Wahlhandlung. Stimmberechtigt ist jedes Mitglied, das mit seinen Beiträgen nicht länger als sechs Wochen im Rückstande ist.

Veräume niemand sein Recht, Vertreter seines Vertrauens zum Kongress zu entsenden.

Der Gewaltfrieden

der Entente, durch den deren Kapitalisten den aufkommenden Sozialismus in Deutschland erwürgen wollen, hat folgende Kundgebung der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände an die organisierten Arbeiter aller Länder gezeitigt:

Die am 13. und 14. Mai in Berlin versammelten Vorstände der Gewerkschaften Deutschlands haben mit Abscheu Kenntnis genommen von der brutalen Erdrötelung des deutschen Volkes, die der Imperialismus der Westmächte durch seine jetzt bekanntgegebenen „Friedensbedingungen“ herbeizuführen entschlossen ist.

Die deutschen Gewerkschaften erkennen durchaus an, daß die durch den Krieg angerichteten Verwüstungen in Belgien und Nordfrankreich wieder gutgemacht werden müssen, und Deutschland hat längst seine Bereitwilligkeit erklärt, nach besten Kräften daran mitzuwirken. Das deutsche Volk hat nicht die Absicht, sich diesen Verpflichtungen zu entziehen.

Aber diese Friedensbedingungen der Entente stellen einen imperialistischen Gewaltfrieden im schlimmsten Art dar. An Stelle des versprochenen Rechtsfriedens, der die Versöhnung der Völker und das Ende aller blutigen Kriege bringen sollte, wird hier ein Volk von 70 Millionen zu Geloten und Sklaven des alliierten und assoziierten Kapitals der Weststaaten gemacht.

Deutschland soll seiner besten Wirtschaftsgebiete beraubt werden. Franzosen, Belgier und Polen wollen wichtige Teile unserer landwirtschaftlichen und industriellen Produktion an sich reißen. Ein Viertel unserer Ernährungslandes, das ohnehin für unsere Volksernährung bei weitem nicht ausreicht, 35 Proz. unserer Kohlengebiete und mehrere der wichtigsten Erzlager werden gewaltsam von Deutschland abgetrennt. Die deutschen Kolonien werden annektiert. Unsere Handelsflotte, die vor dem Kriege die zweite der Welt war, wird an die 10. Stelle herabgedrückt, sobald der durch den Gewaltfriedensvertrag begründete Raub der deutschen Handelsschiffe erfolgt sein wird.

Die finanziellen Verpflichtungen, die uns in der Form unermeßlicher und noch nicht endgültig festgesetzter Kriegsschuldungen auferlegt werden sollen, machen auf wenigstens 50 Jahre das deutsche Volk, insbesondere seine Arbeiter, zu Lohnsklaven der Kapitalisten der Weststaaten. Für die nächsten fünf Jahre allein sollen wir neben den von der Entente selbstherrlich festzusetzenden Milliarden an Barzahlungen jährlich etwa 40 Millionen Tonnen Kohle an Frankreich, Belgien und Italien liefern, während unsere Kohlenausfuhr überhaupt vor dem Kriege nach Abrechnung von 10,38 Millionen Tonnen Einfuhr nur etwa 20 Millionen Tonnen betrug. Dadurch sowie durch die sonstigen geradezu unerhörten wirtschaftlichen Taten wird unsere ganze Industrie

lahmgelegt und die deutschen Arbeiter werden zur Arbeitslosigkeit, Not, Elend und Auswanderung verurteilt.

Das ist der „Frieden“, den die Staatsmänner der feindlichen Mächte dem deutschen Volke auferlegen wollen, nachdem es im Vertrauen auf den versprochenen und von allen Kriegführenden anerkannten Rechtsfrieden des Präsidenten Wilson die Waffen niedergelegt hatte und in der Revolution unter Führung der deutschen Sozialdemokratie an die Verwirklichung des Sozialismus heranzugehen entschlossen war. Dieser „Frieden“ ist nicht nur eine mit anderen Mitteln bewerkstelligte Fortsetzung des Krieges gegen das deutsche Volk, sondern er bedeutet zugleich ein Attentat des vereinigten Kapitals gegen den Sozialismus.

Davon zeugt auch das Kapitel des Vertragsentwurfs über das internationale Arbeitsrecht. Nicht eine der von den Gewerkschaften aller Länder in Leeds 1916, Bern 1917 und 1919 erhobenen Forderungen zum Schutze der Arbeiter aller Länder gegen die kapitalistische Ausbeutung wird verwirklicht. Lediglich eine neue Organisation der früheren Arbeiterversammlungen soll durchgeführt werden, aber in einer Form, die alle Entscheidung in die Hände der Bürokraten und Unternehmer legt und dann noch den einzelnen Staaten das Recht gibt, einen mit zwei Dritteln gefassten Mehrheitsbeschluß abzulehnen. Da der neue Völkerbund zunächst weder Rußland noch Deutschland oder die im Kriege neutralen Staaten einschließt, werden die Arbeiterrechte von dem internationalen Großkapitalismus und den kulturell und industriell rückständigsten Staaten der Welt bestimmt werden. Das ist nichts als eine Verhöhnung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Länder und ein Truhbündnis des Kapitals gegen den internationalen Arbeiterschut.

So präsentiert sich dieser „Friedensvertrag“ der Entente als ein Schlag gegen das Proletariat der Welt. Wie vor über 100 Jahren die feudale Reaktion Europas sich gegen die Republik der großen französischen Revolution zur Rettung der Monarchie vereinigte, so erleben wir jetzt unter Führung der Westmächte eine Verschwörung des internationalen Kapitalismus gegen den Sozialismus und die soziale Revolution des Proletariats.

Gegen diese Vergewaltigung erheben die Gewerkschaften Deutschlands Protest. Sie dürfen für sich in Anspruch nehmen, in der Befreiung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse nie zurückgefallen zu haben, und sie glauben daher an die Arbeiter aller Länder appellieren zu dürfen, sich diesem Protest gegen die Vergewaltigung durch das internationale Kapital anzuschließen.

Neuorientierung der Gewerkschaften.

7. Die Betriebsräte II.

Das System der Arbeiterräte wurde geboren bei der Errichtung der russischen Rätepublik. Bis zu diesem Zeitpunkt ist es niemandem eingefallen, dieses System zu fordern, und wenn die russische Arbeiterchaft ihre durch die Revolution genommene Macht auf die Räteorganisation stützte, dann geschah das in erster Linie aus dem Grunde, daß ihr andere Organisationsformen, die einen wesentlichen Teil der Arbeiterchaft umschlossen, nicht zur Verfügung standen. Die russischen Gewerkschaften waren dank des zaristischen Regiments zur Bedeutungslosigkeit verdammt, auch existierten sie nur in einigen wenigen Bezirken, während der Großteil des zweiten Bundes ohne jede Vertretung der proletarischen Schichten geblieben war. So aber mußte bei der Übernahme der Macht durch die russische Arbeiterchaft erst eine Organisation aus dem Boden gestampft werden, die sich ganz naturgemäß in zunächst rohen Formen des schwierigen Wertes der Zusammenfassung der vielen Millionen russischer Arbeiter und Bauern zum Zwecke der Sicherung der Revolution annehmen konnte.

Es scheint uns außer allem Zweifel zu sein, daß die russische Arbeiterchaft in keiner Weise daran gedacht hätte, sich eine solche Organisation zu schaffen, wenn sie zu ihrer Stütze andere Einrichtungen gehabt haben würde. Die Tatsache aber, daß die Räteorganisation mit der Geburt der europäischen Revolution — die nach menschlichem Ermessen und unter aller Bunde sich über kurz oder lang zur Weltrevolution auszuwickeln wird — in innigem Zusammenhang steht, hat ihr ein so radikalrevolutionäres Odium angeheftet, daß ein großer Teil auch der deutschen Arbeiterchaft glaubt, nur durch dieses Rätesystem in den Besitz der ihr nach ihrer Bedeutung im Staats- und Wirtschaftsleben zugehenden Machtstellung gelangen zu können. Dabei wird meistens übersehen, daß nicht der Name einer Einrichtung dieser Zweck, Ziel und Bedeutung gibt, sondern einzig und allein die Art der Ausführung und der Durchführung ihrer Aufgaben. Die revolutionärste Form ist zu nichts nütze, wenn nicht das bewußte Wollen, eine intensive Schaffens- und Tatkraft hinter ihr steht. Jede Organisation spielt eben heute die Rolle, die sie sich selbst zuweist, sie ist das, was sie aus sich zu machen versteht. Und deshalb ist mit allem Recht zu sagen, daß wir uns in Deutschland mit der Mitfrage nicht zu befassen brauchen, wenn sich andere Gewerkschaften vornehmlich in den Novembertagen nicht so vollständig hätten ausschalten lassen. Dieser Grundfehler aber ist gemacht und so gilt es jetzt, zu verhüten, daß er weitere im Gefolge hat. Deshalb erklären wir in der Erkenntnis, daß Namen Gehalt und Rauch sind und daß nur die tatsächlichen Leistungen den Wert einer Einrichtung bestimmen, daß sich unsere Gewerkschaften der gegebenen Situation anzupassen haben und daß sie versuchen müssen, nicht neben oder gegen die Räteorganisationen, sondern mit diesen für die Folgezeit die Interessen des arbeitenden Volkes zu vertreten. Wir mühten es für das größte Unglück für die deutsche Arbeiterchaft halten, wenn beide Einrichtungen nicht Hand in Hand arbeiten würden. Die Gewerkschaften müssen die berufliche-wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterchaft bleiben und ihre ausführenden Organe in den Betrieben müssen die Betriebsräte werden, die die in vieler erweiterter Aufgaben der seitigeren gewerkschaftlichen Vertrauensleute und Arbeiter- und Angestelltenausschüsse zu erfüllen haben.

Das Eingehen auf den Rätegedanken auf die-
 ses Basis ist weder eine Preisgabe gewerkschaftlicher Grundsätze noch ein Verzicht des — allerdings keines schlagwortartigen Charakters entleerten — revolutionären Willens der Anhänger des neuen Räteprinzips, das durchaus nicht auf die selbstige Bedeutungslosigkeit der Arbeiterräteauschüsse verweist werden soll.

„Dem die Betriebsarbeiterräte treten in erhöhtem Maße neben dem Unternehmer und Betriebsleiter als gleichberechtigte Organe auf. Das bedeutet in seinen letzten Konsequenzen, daß dem Unternehmertum das freie Verfügungsrecht über die Pro-

duktionsmittel ganz wesentlich eingeschränkt und beschnitten wird. Es zeigt sich also, daß damit ein ganz bedeutender Schritt zum Sozialisieren der Produktion getan wird. Hier gelangt die versuchte Lösung der sozialen Frage auf einen Punkt, wo die nach der politischen Revolution neu erstandene Arbeitergemeinschaft der Unternehmer- und Arbeiterverbände notwendig verfügen muß. Es erscheint verständlich, daß die Unternehmerverbände unter den neuen politischen Verhältnissen eine größere Bereitwilligkeit zeigten, an der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den Arbeiterverbänden zusammenzuarbeiten und die Einwirkung der tariflichen Regelung zum Reichstarif zu fördern. Im Grunde wollten sie an dem altgebrachten Verhältnis zwischen dem Unternehmer als Arbeitgeber einerseits und den Angestellten und Arbeitern als Arbeitnehmer andererseits nichts geändert wissen. Die neuzeitliche Gesetzgebung legt hier in die kapitalistische Ordnung der Produktionsweise Breche und stellt grundsätzlich den Arbeiter gleichberechtigt neben den Unternehmer, als Produzent neben den Produzenten“ und — so ergänzen wir dieses Zitat aus einer Gewerkschaftszeitung — macht der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende. Deshalb werden unsere Gewerkschaften durch eine gezielte Umstellung und Anpassung an die gegebenen Verhältnisse mithelfen müssen, die wirtschaftliche Macht der Arbeiterchaft zu festigen.

Ein verständnisvolles, auf die Erreichung eines gemeinsamen Zieles eingestelltes Zusammenarbeiten beider Institutionen dient den Interessen der Arbeiterchaft am besten. Das setzt voraus, daß beide wirtschaftlichen Einrichtungen sich einander anpassen und daß die Gewerkschaften das Wand darstellen, welches die beruflichen Betriebsräte zu gemeinsamen und folgerichtigen Handeln verbindet. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und aller Fragen, die hieraus resultieren, ist nach wie vor Sache der Gewerkschaften, die Ausführung und Durchsetzung der getroffenen Abmachungen Aufgabe der durch die berufliche Gesamtarbeiterchaft des Betriebs gestützten Betriebsräte. Wir sind uns nicht darüber im Zweifel, daß es noch wie vor notwendig zur Erfüllung dieser Aufgaben ist, daß die in den Betrieben tätige Arbeiterchaft selber bis zu einem höheren Grade dabei mitwirken hat als bisher. Auch die Betriebsräte sind zur Ohnmacht verurteilt, wenn sie nur aus eigener Machtvollkommenheit arbeiten sollen und ohne Unterstützung der Betriebsarbeiterchaft bleiben, wie das leider bisher vielfach der Fall war — selbst bei sich theoretisch radikal gebenden Arbeitern. Ein typischer Fall, wie es nicht gemacht werden darf, bietet unsere Hohlstelle in Gallestadt, die eine getarnte Protestresolution gegen die Verwaltungsleitung fasste (nachzulesen in Nr. 17 der „B.-Z.“), weil diese ihre Interessen nicht vertreten haben sollte, die sich dann aber kurze Zeit darauf mit Zugeständnissen der Unternehmer beschied, die so geringfügig waren, wie wir sie in unserem Verbandswohl nicht so bald wieder antreffen werden. Mit einem ausgeprägten Vortradikalismus allein ist nichts getan, ein fünfzehn persönliches Rates muß eben auch jedes einzelne Mitglied selber mitbringen, auch in der Folgezeit, wenn es seine wirtschaftliche Lage verbessern will. Auch das denkbar beste Rätesystem verfaßt ohne die Anteilnahme aller Betriebsarbeiter und -arbeiterinnen.

Der Aufgabenkreis der auf gemeinsames Arbeiten eingestellten Gewerkschaften und Betriebsräte ist umrissen in unserem Artikel über „Neue Ziele“ in Nr. 17 der „Buchbinder-Zeitung“. Diese Aufgaben sind so vielseitiger und neuzeitlicher Natur, daß eine hohe Vorbildung dazu gehört, sie in reicher Weise zu erfüllen. Bis zu einem Teile ist diese Vorbildung vorhanden bei den alten langjährigen Gewerkschaftern. Nichts selbstverständlicher darum, als daß diese besonders geeignet sind, die an sich nicht gerade angenehmen Aufgaben der Betriebsräte zu erfüllen. Langjährige Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation schon in der Vorkriegszeit ist ein Zeichen von kollegialem Opfermut, von gewisser persönlicher Charakterstärke, die dem Diktum der Unternehmer zu tragen weih und von frühzeitiger Erkenntnis der notwendigen Organisation der Arbeiterschaft, alles Momente, die zur Übernahme der Aufgaben eines Arbeitsrates besonders geeignet machen,

hohe sittliche Ideale der Arbeiterchaft können eben nur vertreten werden von einwandfreien und — in des Wortes bester Bedeutung — guten Arbeitskollegen und -kolleginnen, die die Klassenolidarität schon erfaßt und bekundet haben durch ihre Organisationszugehörigkeit in Zeiten, in denen zu dieser Bekundung ein entsprechender persönlicher Mut gehörte. Nicht Vortradikalismus muß für die Qualifikation entscheidend sein, sondern Energie und Tatkraft.

Selbstverständlich ist, daß die Gewerkschaften den Betriebsräten mit Rat und Aufklärung zur Ausübung ihres Amtes beistehen müssen. In den hauptsächlichsten und wichtigsten Punkten ist es Neuland, das es zu bearbeiten gilt, auf dem erst die Erfahrungen gesammelt werden müssen. Um dies zu können, wird in der Zeitschrift „Der Arbeiterrat“ vorgeschlagen, daß „familiäre Betriebsräte eines Berufs aus einer örtlichen Zentralstelle zusammengefaßt werden, um ein einheitliches Vorgehen, Austausch von Erfahrungen usw. zu gewährleisten“. Nichts notwendiger als dies, denn — gleichgültig zunächst in welcher Form — die Arbeiterchaft wird in Zukunft eine ganz andere Rolle im Produktionsprozeß spielen als bisher, und wenn sie die notwendigen Kräfte auszubringen imstande sein wird, die die erweiterten Bezüge im Produktionsprozeß in kürzester Zeit beherrschen, und ihre Kenntnis im rechten Interesse der Arbeiterchaft auszuwerten können, dann ist das ungleich mehr wert als die schönste und arbeiterfreundlichsche Bestimmung auf gegebenem Gebiete, die nicht zur Durchführung kommen kann, wenn es an geeigneten Kräften dazu fehlt. Nicht Redegewalt, Jonglieren mit Schlagworten, sondern die Tat und das Können sind ausschlaggebend. Deshalb muß die Arbeiterchaft von allem Anfang an darauf setzen, daß sie als Betriebsräte zur Vertretung ihrer Interessen kennntnisreiche Laienmenschen auswählt, die selber mit zupacken und die Ausübung schwieriger, mühseliger und — vielleicht auch unzulässiger Arbeit nicht andern überlassen. Es ist schon so: Die Arbeiterchaft hat viel mehr Nutzen davon, daß ihre Interessen tatsächlich in der Praxis recht vertreten werden, als theoretisch durch die beste Gesetzesbestimmung.

Die Stellung der deutschen Gewerkschaften im sozialistisch-demokratischen Volksstaat.

Die deutschen Gewerkschaften haben sich innerhalb 50 Jahren aus kleinen Anfängen zu großen, mächtigen und einflussreichen Wirtschaftsorganisationen emporgearbeitet. Am deutlichsten konnten wir dies wahrnehmen während des unheilvollen Weltkrieges. An Unterstützungen haben die Verbände während des Krieges bis Ende des 3. Quartals 1918 insgesamt: 77 788 400 RM. an ihre Mitglieder verabfolgt. Davon am Arbeitslosenunterstützung 26 838 522 RM. und auf Unterstützung für Familien eingezogener Mitglieder entfielen 26 950 880 RM. An dieser Ausgaben paragrafisierte unser Buchbinder-Verband bis Ende Juni 1918 (Verbands- und Lokalstellen zusammen) mit 1 078 673 RM. Das ist innerhalb der vier Kriegsjahre eine finanzielle Leistungsfähigkeit, die sie keine andere bürgerliche Wirtschaftsorganisation Deutschlands aufzuweisen vermag. Hunderttausende Mitglieder und deren Familienangehörigen konnten durch die segensreichen Unterstützungsmaßnahmen unserer deutschen Gewerkschaften während des langanhaltenden Krieges vor größter Not und Elend bewahrt und über Wasser gehalten werden.

Wie groß und leistungsfähig das Finanzgebaren unseres Deutschen Buchbinder-Verbands sich seit seiner im Jahre 1885 erfolgten Gründung entwickelt hat, zeigen folgende Zahlen: An Einnahmen sind zu verzeichnen: 8 002 902 RM., an Ausgaben 6 023 201 RM. Darunter für Unterstützungen 2 390 442 RM. und für Streiks und Lohnbewegungen 1 740 988 RM.; das Verbandsvermögen betrug am Ende d. J. 1918 1 881 872,10 RM. Davon Reserven für die Invalidenunterstützung 588 000,01 RM.

Durch die hier angeführten Leistungen wollen wir insbesondere unseren bis jetzt noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen zeigen, was eine alles umfassende Berufsorganisation zur allgemeinen Wohlfahrt aller Berufsgenössigen zu leisten imstande ist. Andererseits wollen wir aber auch gleichzeitig damit zeigen, wie sich das Finanzgebaren unserer deutschen Gewerkschaften für die Zukunft immer weiter ausdehnen wird, Infolgedessen

Aufforderung an den Kollegen Kleinknecht-Heilbronn.

In dem Bericht in der „Buchbinder-Zeitung“ Nr. 21 vom Sonntag des Gaus 14/15 heißt es wie folgt:

„Kleinknecht-Heilbronn kritisiert scharf das Verhalten des Verbandsvorstandes, der der Polizei in Düsseldorf Kenntnis von einem Flugblatt der U. S. P. gegeben haben soll, das diese im Jahre 1915 mit der Buchbinder-Zeitung verbreiten wollte.“

Da wir niemals der Düsseldorfer Polizei eine dementsprechende Mitteilung gemacht, überhaupt keinerlei Verbindung mit ihr gehabt haben, so fordern wir Sie hiermit auf, entweder Beweise für Ihre unwahre Behauptung beizubringen oder diese zurückzunehmen.

Der Verbandsvorstand.

werden die deutschen Gewerkschaften mit der Zeit sich veranlassen sehen, über ihre angesammelten Skapitäten anders zu verfügen wie bisher. Noch unter dem alten Regime ist den deutschen Gewerkschaften Anerkennung ihrer fernsichtigen Tätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete ausgesprochen worden. Ja, es wurde sogar stark hervorgehoben, daß, wenn die deutschen Gewerkschaften heute noch nicht beständen, diese sofort gegründet werden müßten. Daraus geht deutlich hervor, daß der Einfluß der Gewerkschaften auf das deutsche Wirtschaftsleben von so großer Bedeutung ist, daß das Deutsche Reich ohne diese nicht mehr bestehen könnte.

Wenn nun aber die deutschen Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiete solche hochwichtige und unentbehrliche Wirtschafts-Institutionen sind, dann ist damit der Fingerzeig gegeben, daß die deutschen Gewerkschaften ihr Tätigkeitsgebiet für die Zukunft noch weiter ausbauen und ausdehnen müssen. Das geht ja auch aus den „Neuorientierung der deutschen Gewerkschaften“ in den letzten Nummern unserer „Buchbinder-Zeitung“ hervor. Freilich ist es fraglich, ob diese „Neuorientierung“ unseren neuen wirtschaftspolitischen Verhältnissen vollständig entspricht wird. Die Ziele in einem sozialistisch-demokratischen Gemeinwesen müssen offenbar für die deutschen Gewerkschaften in großzügiger Weise weiter gesteckt werden. Und zwar aus folgenden Gründen. Vom sozialistisch-demokratischen Standpunkt aus betrachtet muß in einem Volkstaat alle reiflos organisiert sein. Es kann im zukünftigen Volkstaat keine unorganisierten Massen mehr geben, das fest schon die soziale Gemeinschaft aller Staatsbürger voraus. „Gleiche Rechte — gleiche Pflichten.“ Von den im Deutschen Reich in der Sozialversicherung versicherten 16 Millionen Personen sind noch nicht ganz 8 Millionen organisiert. Mit diesem unhaltbaren Zustand und Verhältnis muß für die Zukunft ausgeräumt und unsere Sozialgesetzgebung muß dementsprechend ausgestaltet werden, daß alle verpflichtungspflichtigen Personen ihren zukünftigen Berufsorganisationen angehören müssen. Ein solches Organisationsverhältnis würde nicht nur auf die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, sondern auch auf eine gesunde Wirtschaftspolitik Deutschlands eine ungeahnte wohlthätige Wirkung ausüben. Und wenn man heute schon an die Kommunalisierung der Arbeiterssekretariate denkt, so liegt auch der Gedanke nicht fern, die deutschen Gewerkschaftsorganisationen überhaupt samt und sonders zu kommunalisieren. Die Nationalversammlung hat in der Reichsverfassung die allgemeine Arbeitspflicht für alle Staatsbürger zum Gesetz erhoben. Dieser Rechtszustand wird aber die allgemeine Organisations- und Verpflichtungspflicht zur Folge haben, vorausgesetzt, daß dieser dem demokratischen Gemeinwesen vollständig entsprechende Rechtszustand nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch in die Tat umgesetzt wird. Dann wird die Sozialgesetzgebung einer dementsprechenden Revision unterzogen werden müssen. Ferner wird die allgemeine Organisationspflicht aller reiflos zu erfassenden Berufsstände zur Folge haben, daß unsere Gewerkschaftsorganisationen und deren Institutionen in großzügiger Weise ausgebaut werden müssen. Da der Staat und die Kommunen an unseren Gewerkschaften stark interessiert sind, so werden sie über kurz oder lang in kommunale Verwaltung überführt werden müssen. Es könnte dies geschehen, ohne daß die Autonomie oder Selbstverwaltung der Gewerkschaften darunter

leiden würde. Sowohl der Staat wie die Kommunen werden infolgedessen die Gewerkschaften für die Zukunft subventionieren müssen. Die den Arbeitnehmern angebotenen Schlichtungskommissionen werden in Zukunft alle etwaigen Differenzen, die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern entstehen, auf der Basis der zu Recht bestehenden Vereinbarungen und Reichstärfe beseitigen und erledigen. Ein solches Organisationsystem würde zukünftige Lohnkämpfe, Streiks, Ausperrungen, Kassenregelungen und Boykotts bedeutend vermindern, ja sogar unmöglich und überflüssig machen. In einem sozialistisch-demokratischen Rechts- und Kulturstaat müssen Lohnkämpfe und Ausperrungen entschieden verbietet werden, denn diese würden im schreiendsten Widerspruch zu einer sozialistisch-republikanischen Gesetzgebung stehen. Selbst Lenin, der Bolschewikenführer und Apostel des reinen unumschränkten Sozialismus, hat in einer seiner letzten Reden an die russische Arbeiterchaft den sehr richtigen Grundsatz aufgestellt, daß Streiks in einem sozialistisch-kommunistischen Staats- und Gemeinwesen ein Verbrechen und jede Ausperrung ausgeschlossen ist. Denn jeder Arbeitspflichtige arbeitet doch in einem sozialistischen Staat nicht nur für sich selbst in seinem ureigensten Interesse, sondern auch für den Staat, dem der allgemeine Nutzen der Produktion zufließt, also nicht mehr für den einzelnen Unternehmer. Viele Hunderte von Millionen an Werten würden für die Zukunft dem Staat und den Gewerkschaften und deren Mitgliedern erhalten bleiben.

Die Produktivität und allgemeine Volkswirtschaft der deutschen Republik wird infolgedessen ungemein erhöht werden. Wir sehen das am besten an dem Verlauf des unglückseligen Streiks der Bergarbeiter im Ruhrgebiet. Die Bergarbeiter haben sich nicht nur durch den Lohnausfall während des Streiks selbst geschädigt, sie haben zugleich die allgemeine Wirtschaftsproduktion des Deutschen Reiches lahmgelegt und das ganze Verkehrsleben unmöglich gemacht. Das Resultat des Streiks ist der Verlust von vielen Milliarden an Produktionswerten. Den letzten Endes die gesamte Arbeiterschaft und das ganze deutsche Volk zu zahlen haben wird. Der Betrachtungsstand der Bergarbeiter und ihre Forderungen beruhen auf der Unkenntnis ihrer eigenen Lage. Von 800 000—400 000 Bergarbeiter sind nur etwa 40 Proz. organisiert und 60 Proz. unorganisiert. Und gerade letztere sind es, die ihre unerfüllbaren Forderungen mit rohen Gewaltmaßnahmen durchzusetzen suchen. Sie sind zum größten Teile Polen, welche das Grotrecht in der schmachträchtigen Weise verletzen. Hier rächt sich die bittere Wahrheit, daß es der großen Masse der Bergleute an volkswirtschaftlicher Aufklärung mangelt. Nach dieser Richtung ist viel verjäumt und vieles nachzuholen. (Schluß folgt)

Um was es sich handelt.

Ein ernstes Mahnwort an alle Verbandsmitglieder.
Von Emil Roth.

Gewerkschaftskongress und Verbandsstag stehen bevor und es wäre schlecht um unseren Verband bestellt, wenn nicht einmal bei solchen Gelegenheiten eine rege Aussprache in Versammlungen und in unserer Verbandszeitung stattfände, nicht die kritischen Wessler gewest würden, um wirkliche oder vermeintliche ungeliebte Triebe von dem weitläufigen Raume unseres Verbandes abzuscheiden. Dagegen läßt sich nichts einwenden, sondern es ist vielmehr zu begrüßen, wenn recht viele Kollegen und Kolleginnen mit Mut und Tat dem Verbands zu nützen trachten. Das letztere nehme ich selbst von denjenigen an, die, in unrichtigen Anschauungen befangen, auch mich mit ihrer Kritik bedacht haben. Die notwendige Voraussetzung einer fruchtbringenden Kritik ist jedoch, daß man die Dinge so sieht, wie sie wirklich sind und nicht ein Bild vom Verbandsleben und Verbandsführern entwirft, das der Wirklichkeit etwa so entspricht, wie eine mikrotene Filmaufnahme, bei der unfähige Schauspieler mitgewirkt haben, dem wirklichen Leben.

Gehen wir also den einzelnen gegen unsere Verbandsleitung geschleuderten Vorwürfen oder den angeblich bestehenden und als ungesund bezeichneten Auswüchsen im Verbands nach, um an der Hand von Tatsachen zu erkennen, ob und inwiefern ihre Kritik berechtigt ist.

Da fuhr zuerst Kollege Gabel (Berlin) in Nr. 15 der „Buchbinder-Zeitung“ schweres Geschütz auf: Die Werbefähigkeit und Schlagkraft des Verbandes soll in Gefahr sein! Man reißt sich die Augen, wenn man so etwas liest. Um 8 hunderttausend ist unser Verband an Mitgliedern in den verflochtenen Monaten gestiegen, mehr als 55 000 Mitglieder nennt er sein eigen, noch immer flutet der Zustrom — und doch keine Werbefähigkeit? Und wie steht es mit der Schlagkraft? Die

unausgeseht sich jagenden Lohn- und Teuerungszulagenbewilligungen bis in die entlegensten Orte, bei der der Verband die führende Rolle spielt, geben die treffendste Antwort.

Ja, aber die Politik des 4. August, das war ein unvergeßlicher Fehler der Gewerkschaftsleitungen, denn diese Politik hat elend Schiffbruch gelitten — Das Gegenteil ist der Fall: Die Politik des Hoffens und Garens auf die Einkick und Milde der feindlichen Mächte und der Arbeiter und Sozialisten der feindlichen Länder, das Herunterreißen und die Schuldbeichtigung Deutschlands für den Ausbruch des Krieges ist völlig fehl gegangen und ist sozusagen eine Rechtfertigung des uns drohenden, in der ganzen Menschheitsgeschichte einzig dastehenden kapitalistischen Gewaltfriedens; war und ist also die größte politische Dummheit, die je begangen worden ist. Die Gewerkschaften dagegen haben ganz richtig vorausgesehen, daß Schlimmes der deutschen Arbeiterklasse drohte, wenn Deutschland unterläge. In dem bekannten Flugblatt der Generalallommission, das 1918 auf Beschluß einer Vorstandskonferenz herausgegeben sowie auf einstimmigen Beschluß unseres Verbandsvorstandes der „Buchbinder-Zeitung“ beigelegt wurde und die Ueberschrift trug: „Die Gewerkschaften und die Politik des 4. August 1914“, hieß es u. a.:

„Mit ihrer ganzen Existenz, mit ihrer Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sind unsere Gewerkschaften in der deutschen Volkswirtschaft verankert. Es liegt sich von diesem Boden trennen, sie von den Wurzeln ihrer Kraft losreißen, wollten wir das Vaterland in diesen Stunden, Tagen und Tagen der Gefahr im Stich lassen.“

Diese Gefahr wird durch längere Dauer des Krieges nicht vermindert, sondern ins Ungemeine erhöht. Die Opfer an Gut und Blut sind gewaltig angewachsen; sie haben die Lebensschaften nicht berührt, sondern angefaßt. Dem Unterliegenden droht heute und bei längerer Fortdauer des Krieges mehr denn je die Wache der Sieger. Geistesaberrationen, ungeheure Kriegsschuldungen, die auf Jahrzehnte hinaus selbst ein blühendes Reich zugrunde richten können. Bedingungen, die Produktion und Handel lähmen, werden ihm auferlegt werden. Das gilt heute nicht weniger als am Beginn des Krieges. Deshalb erhebt unser Lebensinteresse ein unüberwindliches Fehlgelände an der Politik des 4. August 1914, bis auch die Gegner zu einem Frieden bereit sind, der uns die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Die Verweigerung der Kriegskredite kann nicht gerechtfertigt werden durch den Hinweis, daß gegenwärtig deutscher Boden vom Feinde nicht bedroht ist. Unser Land wird an der deutschen Herrschaft im Osten, Südwesten und Westen verdrängt. Deutschland hält diese Front, unsere Arbeitskräfte, unsere Gewissen, unsere Mitglieder verteidigen sie mit dem Einsatz ihres Lebens. Mit der Verweigerung der Kriegskredite geben wir die eigenen Volksgenossen, unsere Verteidiger, den Feinden preis, den Feinden, die beim Zurückgehen unserer Front an die Reichsgrenzen dort keineswegs halt machen, sondern ihnen folgen und den Krieg in unser Land tragen würden.

So ist die Politik des 4. August 1914, die Politik deutscher Selbsterhaltung, auch heute noch die einzig richtige für unser Volk. Sie ist zugleich die Politik der Selbsterhaltung der gesamten deutschen Arbeiterbewegung, der politischen wie auch der gewerkschaftlichen, denn in jeder anderen Politik wäre sie rettungslos verloren gewesen. Nur in der Rettung des ganzen Volkes kann sie ihre Daseinsberechtigung behaupten.“

Nebenbei bemerkt, hat auch die liebevolle Kollegin Lucie Schaymin, die in Nr. 20 ein Scheit zu meinem Scheiterhaufen herbeiträgt, für die Beilegung dieses Flugblattes im Verbandsvorstand gestimmt, wie sie überhaupt in den ersten Tagen des Krieges immer tapfer der Politik des 4. August zugestimmt hat. Wer in einem Glashause sitzt, soll nicht nach andern mit Steinen werfen!

Ist es nicht so gekommen, wie damals die Folgen eines verlorenen Krieges für Deutschland geschilbert wurden? Leider noch viel schlimmer!

Dem Räteystem kann man auch oder vielmehr muß man gerade als alter Gewerkschaffer sehr freundlich gegenübersehen. Von ihm jedoch das Ende aller Not erhoffen zu wollen, wäre ebenso verfehlt, als in ihm den Quell alles Heils zu sehen. Die Hauptsache ist, daß zu Betriebsräten usw. kennntnisreiche Leute und keine bloßen Maulbeiden gewählt werden. Eine eingehende Aussprache über das Räteystem auf dem Verbandsstage halte ich um so notwendiger, als darüber noch außerordentlich verschiedene und auch wirre Ansichten sich durchkreuzen.

Neber alle diese Fragen ist eine sachliche Auseinandersetzung möglich, wenn allseitig der gute Wille dazu vorhanden ist und nicht wider Fanatismus diese sachliche Auseinandersetzung unmöglich macht. Da sind nun aber so bedauerliche Tatsachen in Erscheinung getreten, die es gebieten, sie schamlos beim richtigen Namen zu nennen und zugleich die Frage aufzuwerfen: Um was handelt es sich bei den bevorstehenden, vorausichtlich sehr heftigen Auseinandersetzungen auf dem Gewerkschaftsa-

langreg und unsern Verbandstag? Es handelt sich einfach darum, ob unser Verband nach sachlichen Grundrissen geleitet oder von hagerfüllten inneren Kämpfen gerüttelt werden soll.

An ihren Früchten soll ihr sie erkennen! Und welches sind die bisherigen Früchte der sogenannten alleinseligmachenden „revolutionären“ Richtung in der Arbeiterbewegung? — Anerkennung und Anerkennung, viel schlimmer als im früheren Junkerstaat, gegen politische Andersdenkende, deren Stinawurf aus neutralen Turn-, Wander-, Gesang- und ähnlichen Vereinen, Mahregelung von Gewerkschaftsangehörigen, Anhebung der Pressefreiheit, Zwang auf die Gewerkschaftsmitglieder, unabhängige oder kommunistische Zeitungen zu lesen, Schreckensherrschschaft in den Betrieben, Niedererschreien Andersdenkender in den Versammlungen. Das ist die Wahrheit! Und dieselben Leute, die so Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mit eisenbeschlagenen Stiefeln niedertrampeln, ihre eigenen Arbeitsbrüder nebst so behandelten, wie das kapitalistische Dreigestirn Lloyd George, Clemenceau und Wilson Deutschland mißhandelt, schreiben sich trotzdem die Hebe heifer: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Hierzu ein paar Kostproben des neuen Weines, mit welchem der alte Verbandsdichlauch gefüllt werden soll:

In Leipzig wird einer unserer fähigsten, für die Ausarbeitung des kommenden Reichstages notwendigen Verbandsangehörigen, der Kollege Wienide, gemahregt, nur, weil er nicht der unabhängigen Partei angehört. Was gegen seine gewerkschaftliche Tätigkeit vorgebracht wurde, war für die Party und an den Haaren herbeigezogen. Einer der Hauptredner gegen Wienide in der betreffenden Abschließungsverammlung, in der übrigens der Vertreter des Verbandsvorstandes und Verbandsvorsitzende mit Pfeifen und Zohlen empfangen und fortgesetzt unterbrochen wurde, war ein Kollege, der glückselig 7 Verträge geklebt hatte. Der Mann war also sachverständig und voll des edlen proletarischen Empfindens.

Noch schlimmer in der „Metropole der Intelligenz“, in Berlin. In der Kartonnagenbranche entfiel man Anka und Hall einen Angestellten seines Hofens als Obmann, um an seiner Stelle einen Kollegen zu wählen, der sage und schreibe einen Verbandsbeitrag geleistet hatte. Wünsche tauchen auf, dieses dauerhafte Mitglied sofort zum besoldeten Angestellten zu machen, da eine Lohnbewegung vor der Tür steht. Unter dieser glorreichen Führung kommt es trotz der Mahnungen des Verbandsvorstandes zum Streik, ohne vorher auch nur die Schlichtungsversuche anzurufen, obwohl nur ein Drittel der Streikenden über 26 Wochen, ein Drittel unter 26 Wochen Mitglieder des Verbandes waren und das letzte Drittel sogar erst nach Beginn des Streiks in den Verband eintrat. Über 50 000 Mk. Verbandsgehalt werden so für einen wahrscheinlich überflüssigen Streik verpulvert. — Ein anderes Bild: Entgegen dem Verbandsstatut wählt man einen neuen Bevollmächtigten der Jahrestelle, und zwar den arbeitslosen Kollegen Kaspar. Kaum ist dieser gewählt, da stellt man auch schon den Antrag, ihn auf Anhilf neben den bisherigen, auch besoldeten Bevollmächtigten anzustellen. Man schimpft zwar auf die Gewerkschaftsangehörigen oder, wie ja der schöne Ausdruck lautet, auf die Gewerkschaftsbezugsnehmer als angeblich rückständige und infolge ihrer „gehobenen Lebensstellung“ jedes proletarischen Empfindens bare Leute, aber im gegebenen Fall tritt man, wie der Augenschein lehrt, recht gern in ihre Reihen ein.

Wir wollen es mit diesen paar Beispielen, die sich leicht vermehren lassen, bewenden lassen. Zu jedem Verurteilten gehört Reue, die nur durch langjährige Beschäftigung erworben werden kann. Das gilt insbesondere für den diesseitigen Verurteilten der Gewerkschaftsangehörigen. Und die Verbandsmitglieder werden ihr blaues Wunder erleben, wenn, wie es beabsichtigt ist, die eingearbeiteten Angestellten entlassen und durch neue Kräfte ersetzt sind, die ihren Befähigungsnachweis erst zu erbringen haben. Für die neue Angelei te neben den bisherigen sind jetzt schon beim Verbandsvorstande beantragt infolge der wachsenden Mitgliederzahl und der dadurch sich ergebenden Mehrarbeit. Nun stelle man sich vor, wie viel Angestellte mehr gebraucht werden, wenn man die eingearbeiteten Angestellten mahregelt.

Unsere Verbandskasse steht nicht gut da. Am 31. Dezember 1918 betrug ihr Vermögen 1 961 872 Mk., dagegen am 31. März 1919 nur 1 343 977 Mk.; also ein Rückgang von 37 895 Mk. in einem Vierteljahr, trotz der Zehntausende neuer Mitglieder, die noch keines Pfennig Unterstützung — außer der Streikunterstützung — beziehen können, die jedoch nach Jahresfrist unterstützungsberechtigt sind. Wir

haben daher, wie in der Vergangenheit, vorichtig zu verfahren, sonst könnte eines Tages unser ganzes Verbandsvermögen verfliegen und die Mitglieder um ihre sauer erworbenen Rechte auf Unterstützungen gebracht sein. Denn wo nichts ist, hat selbst die soziale Republik ihr Recht verloren.

Es handelt sich also um eure Sache, ihr Mitglieder. Besonders ihr, langjährigen Mitglieder in Berlin und Leipzig, tretet aus eurer bisherigen Teilnahmslosigkeit heraus, überlastet nicht unverständigen Leuten das Schicksal des Verbandes! Weht in die Versammlungen, tretet an zur Wahl!

Auch ihr Kollegen außerhalb Berlins und Leipzigs, laßt euch nicht um euer Mitbestimmungsrecht im Verbands bringen. Keine Fäden sind zwischen Berlin und Leipzig gesponnen, um alle 8 zur Wahl stehenden Mandate zum Gewerkschafts Kongreg zwischen diesen beiden Städten zu verteilen. Laßt euch das nicht gefallen, wählt daher geschlossenen Vertreter aus euren Kreisen.

Geht acht, ihr Kollegen und Kolleginnen aller Orte, daß zu unserm Verbandstage Leute geschickt werden, die sachlich zu urteilen verstehen und die Fähigkeit besitzen, den Verbandstag zu einem Arbeits- und nicht zu einem Adau-Verbandstag zu machen.

Das sage ich nicht meinet, sondern euret wegen. Denn ich pfeife auf die Drohungen, mich von meinem Posten zu entfernen. Nicht etwa, weil ich gern meiner Tätigkeit für den Verband an so hervorragender Stelle entgehen, o nein, sondern weil ich niemals meinen Kaden vor Leuten beugen und von ihnen das Gnadenbrot erbitten werde, deren Undankbarkeit und Grundzüge ich für schädlich sowohl für die Arbeiterbewegung im allgemeinen, als auch für unseren Verband im besonderen halte.

Zum Schluß noch einige Worte zu den Angriffen des Kollegen Kaspar in Nr. 18 dieser Zeitung wegen meiner Eigenschaft als Internationaler Sekretär und Mitarbeiter an der „Täglichen Rundschau“. Eigentlich sollte Kollege Kaspar mit der Abfuhr sich begnügen, die er sich auf dem schweizerischen Verbandstage in Biel, Pfingsten 1918, von den schweizerischen Kollegen wegen seiner Angriffe gegen mich holte. Wenn ich gelegentlich einige Artikel in der „Täglichen Rundschau“ — die nebenbei keine konservative Zeitung ist — veröffentlichte, so aus dem Grunde, weil der „Vorwärts“ sie abablehnte, obwohl ich in denselben nachwies, daß Friedrich Engels, Kasse und Jaurès für die Wehrhaftigkeit des eigenen Landes eingetreten und niemals sich dem Irwahn hingegeben hätten, durch Wehrlosigkeit kapitalistische Mächte zur Witze zu bekehren. Kaspar weiß also sehr wohl, daß ich nur notgedrungen mich an ein bürgerliches Blatt wandte, verdammt dies aber. Was übrigens den unabhängigen und kommunistischen Herrschaften recht ist, von denen gar manche in bürgerlichen Blättern Aufsätze veröffentlicht haben, kann auch mir billigerweise nicht als Verbrechen angekreidet werden.

Zum Verbandstag.

Aus den letzten Nummern unserer „Buchbinder-Zeitung“ kann man ersehen, daß dieselbe wieder einen roten Anstrich erhält. Die Revolution und der kommende Verbandstag werden dazu beitragen, daß auch in unsern Verbänden neues Leben erwacht. Die alten aktiven Mitglieder treten wieder auf den Plan. Die Lohnverhältnisse müssen in unserem Beruf gewaltig aufgebessert werden, wenn wir nicht wieder hinter anderen Gewerkschaften herhinken wollen. Um dies zu erreichen, ist notwendig, daß die Gewerkschaftsbewegung auf einer ganz anderen Grundlage aufgebaut wird. Der Kampfmethoden mit dem Unternehmern sind neue Richtlinien vorzuschreiben. Alle Sentimentalität hat zu weichen. Die bisherige Verdrängungs- und Verwässerungspolitik ist missig zu verwerten. Das entscheidende Motiv muß in Zukunft die reine Menschlichkeit sein. Das können wir verlangen, wenn wir den Willen unserer Kraft gleichsetzen. Die Tariffrage kann man den Arbeitern nur schmackhaft und populär machen, wenn wir mit unseren Forderungen weit über das hinausgehen, wie es bisher geschah, um für die Arbeiterschaft ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen. Die Sehnsucht nach Menschlichkeit ist vielleicht in unserm Beruf am stärksten, weil die wirtschaftliche Lage unserer Kollegen infolge der mit am niedrigsten stehenden Lohnverhältnisse die schlechteste ist. Deshalb kann es für die Gesamtheit nur nützlich sein, wenn die Mitglieder in den Gewerkschaften revolutionierend auf die Führer einwirken, nur mit dabei die Einsicht gewahrt bleiben. Das ist ihr gutes Recht. Das Verhalten der Führer und Leiter bei Tarifverhandlungen in der letzten Jahren befriedigte die Mitglieder nicht mehr. Einzu kommt noch die Ungeltung und der Einfluß auf

die Mitglieder durch die Schreibweise der „Buchbinder-Zeitung“ infolge der wehäuigen vollen Durchhalte- und Kriegspolitik, die dazu angetan war, daß man die Kritik der Kollegen als berechtigt ansehen muß. Diese Angelegenheit wird wahrscheinlich zum Verbandstag eine lebhafteste Debatte hervorufen. Die Angestellten werden daraus lernen und sich befechtigen, den Wünschen der Mitglieder mehr gerecht zu werden.

Früher glaubten wir, wenn erst die politische Macht in unsern Händen liegt, dann hätten wir alles. Nein, wir müssen in den Besitz der wirtschaftlichen Macht gelangen oder wenigstens darauf starken Einfluß gewinnen. Hierzu dient uns als Anfang das Mate system. Aus diesen Gründen muß das neue Blut der Revolution auch in die Gewerkschaftsbewegung von unten auf durch alle Instanzen bis zur Generalkommission fließen. An dieser Stelle möchte ich der Kollegen anraten, unsern Leitern, auch den Neuwahlten, gut zur Seite zu stehen, aber auch auf die Finger zu sehen, damit wir nicht wieder Ausokrafen gäuden, die sich über uns hinwegsetzen. Also, ihr müht mehr aktiv werden und selbst die kleinsten Beschlüsse besser atmägen. Aus allen diesen Gründen heraus bin ich auch der Ansicht wie Kollege Wädel, daß es besser gewesen wäre, wenn der Verbandstag vor dem Gewerkschaftskongreg stattfand, weil letzterer seine Beschlüsse aus den einzelnen Gewerkschaften schöpft.

Man muß sich wundern, daß sich die Gewerkschaften der Regierung gegenüber so reserviert verhalten und die Generalkommission nicht aus eigener Initiative heraus mit neuen Anregungen an die Regierung herantritt. Möge unser Verbandstag und der Gewerkschaftskongreg das Verfaume nachholen. Denn nichts als dies kann besser zur Veruhigung der Arbeiterklasse beitragen.

Hierzu möchte ich nun einige Vorschläge machen:

1. Wie stellt sich die Kollegenchaft zur Schaffung eines Reichsminimallohnes in der Höhe den außerordentlichen Zeitverhältnissen entsprechend für alle Hand- und Kopfarbeiter sämtlicher Gewerbe, velleicht mit einem kleinen Prozentausschlag für Schwerarbeiter und Stäffeln der Städte? Es würde dies den Gewerkschaften die geirraubenden Tarifverhandlungen erleichtern.
2. Erstrebung eines einheitlichen deutschen allgemeinen Arbeiterverbandes. Dadurch könnten die ganzen Verwaltungsarbeiten vereinfacht und verbilligt und auch die Kräfte der Angestellten besser und rationeller verteilt werden. Auch würden die verschiederartigen Tarife, Beiträge und Grenzfreistigkeiten und alle üblen Begleiterdcheinungen beseitigt.
3. Die Gewerkschaften und die Generalkommission mögen bei der Reichsregierung dahin wirken, die Invaliden- und Krankenversicherung dergehalt auszubauen, daß die Leistungen mehr der Höhe des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes entsprechen, selbst wenn eine Erhöhung der Beiträge eintreten muß. Der Unternehmer hätte auch hierzu höheren Anteil zu tragen. Ferner die Zusammenlegung aller Orts-, Hilfs- und Betriebs-Krankenkassen zu einer Reichskrankensversicherung. Diese beiden Versicherungen dürfen nicht länger Ausbeutungsmittel der großen Masse oder eine Heberbüchse für den Staat sein, sondern die Gelder müssen reiflos den Versicherer zugute kommen. Dies liegt auch im Interesse der Volksgesundheit. Die Vergle- und Vorpostenfrage bedarf insofern einer Aenderung, daß sich diese nicht mehr durch die Krankenkassen bereichern, sondern Staatsangestellte werden, was erstere zum großen Teil selbst fordern. Denn die Kassen haben auch ein gut Teil zur Verarmung des Volkes beigetragen, indem man daselbst tüchtig schröpfte.
4. Den vorhergehenden Vorschlag mache ich deshalb, weil der überwiegende Teil der Mitglieder heute die Gewerkschaften als eine Versicherung betrachten und nicht als eine Kampforganisation, wie es früher war. Nachdem wir nun eine sozialistische Regierung haben, muß unser Bestreben sein, die Kassen dem Unternehmer und dem Staat aufzulieben, nicht mehr unsern Mitgliedern.

Der Kapitalist und der Staat haben die Pflicht, für die Invaliden und Kranken zu sorgen, weil dieselben deren Arbeitskraft ausnutzen, bis sie die Augen schließen. Deshalb möchte ich den Adau unserer Unterstützungsanstaltungen im Verbands das Wort reden. Natürlich kann dies nur organisiert geschehen, und sehe diesershalb auch den 3. Vorschlag voraus. Es wäre wünschenswert, wenn sich zu meinen Anregungen die Kollegen äußern. Der Verbandstag selbst wird es bewerten und so für die Mitglieder Ersprießliches schaffen.

Berlin.

Joh. Weidhaupt.

Zum Verbandstag!

Noch bevor der Verbandsvorstand den Beschluß faßte, einen Verbandstag einzuberufen, sind wir in unserem Organ schon mitten in der Diskussion hierüber. Ein Streifzug durch fast sämtliche Gewerkschaften zeigt uns, daß alles nach einem Reichstagskrieg strebt, was an und für sich sehr zu begrüßen ist. Diese Materie bietet für unsere Organisation ganz besondere Schwierigkeiten bezüglich der ungeheuren Mannigfaltigkeiten und Verschiedenheiten innerhalb unseres Berufes. Ich meine hier die im Buchbinder-Verband organisierten verschiedensten Papierverarbeitungsgruppen. Man sollte gerade zu diesem Revolutionsverbandstage ganze Arbeit machen und mit allen Kleinigkeiten auf dem Tarifmarkt brechen. Es muß sein, die Kollegenchaft will es, und wo ein Wille ist, muß der Weg gesucht und gefunden werden. Daß diese Zeit ungünstig ist, wird keiner behaupten. Ich berechne die augenblickliche Mitgliederzahl auf mindestens 68 000, aber welche Unannehmlichkeiten von Tarifverträgen verurteilen unsere Kollegenchaft bezüglich der Entlohnung wieder? Dieser Zustand darf so nicht länger fortbestehen, und darum: Wer mit einem Reichstagsvertrag unter allen Umständen!

Eine weitere sehr wichtige Frage ist die Verschmelzung bzw. Vereinigung der gesamten graphischen Bruderverbände. In dieser Angelegenheit ist bisher nur geredet worden. Von Taten hat man noch nichts vernommen. Es sei daran erinnert, daß unser Vorsitzender Klotz anlässlich der letzten Buchdrucker-Generalversammlung einen sehr gut aufgenommenen Vortrag gehalten hat. Zu einer Zeit, wie der jetzigen, wäre nach meiner Ansicht eine Vereinigung am besten möglich und man könnte mindestens schon auf dem Gewerkschaftskongress in Nürnberg den Grundstein dazu legen. Der Kongress und unser Verbandstag liegen nahe zusammen. Es wären von hier aus Schritte zu unternehmen, die diese Frage ins Rollen bräde. Auch hier darf man es diesmal nicht bei schönen Worten belassen.

Die große Streitfrage wird vielleicht einen guten Teil des Verbandstages in Anspruch nehmen, es wird zu einer sehr heftigen und hochpolitischen Debatte kommen. Sie möge zum Segen des Verbandes ausschlagen. Vor allen Dingen ist es notwendig, daß da unsere sämtlichen Angestellten mit dabei sind. Auf dem letzten Verbandstage wurden merkwürdigerweise einige nicht berufen. Unsere Beamten müssen dort lernen, den Geist der Mitglieder verstehen, denn dieser Geist ist nicht mehr der alte. Sowie ich mir ein Urteil erlauben darf, will die Mitgliedschaft mehr den Kampfcharakter innerhalb der Organisation gewahrt wissen. Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht versteht. Das trifft auch für unsere Kollegen in beamteter Eigenschaft zu, und der Verbandstag kann wieder vieles, was Taktik und Politik angeht, ins richtige Gleis bringen. Man nehme dieses nicht persönlich, ich bin gewohnt, jedem seine Meinung zu lassen, und ist es sehr gut möglich nach meinem Ermessen, daß man innerhalb der Gewerkschaft eine neutrale soziale Politik treibt, ganz gleich welcher der beiden sozialdemokratischen Parteien man angehört. Man darf nur nicht so ganz vergessen haben, daß sich die Arbeiterschaft bisher noch jeden Pfennig Lohn erkämpfen mußte, und das werden wir noch mehr in Zukunft müssen. Darum mehr proletarischen Kampfes in die Organisation hinein, das ist der Wille der Kollegenchaft nach meiner Überzeugung.

Was Kollege Gzide-Berlin in Nr. 15 der „Buchbinder-Zeitung“ in bezug auf das Rätesystem schreibt, findet ganz meine Zustimmung. Wir wollen, daß den Unternehmern das Recht abgenommen wird, uns auszubeuten. Wir verlangen das selbe Recht wie diese an unseren Arbeitsprodukten und an deren Erträgen. Wir wollen eben wissen, warum und wofür wir arbeiten. Dann erst ist Arbeit Sozialismus.

Darmen.

Georg Kiefert.

Wacht auf!

Mit Genugtuung und Freude ist es zu begrüßen, daß endlich in unserem Verbandorgan eine andere Sprache geführt wird. Das Verhalten der „Buchbinder-Zeitung“ während des Krieges hat mich manchmal abgestoßen, besonders die Kriegskriegsartikel. Wir müssen der Zeit, in der wir leben, Rechnung tragen; dazu gehört aber auch, daß unsere Führer mit der Zeit mitgehen. Ein Arbeiterführer, der in bürgerlichen Wätern seine Geistesprodukte in nicht gerade sozialistischem Sinne veröffentlicht, kann kein Arbeiterführer sein. Wir brauchen Leute, die vorwärts treiben und nicht ein Hemmschuh in der Völkerverbrüderung sind. Wer das nicht kann, soll es offen sagen und nicht unserem Todfeind, dem Kapital, die Hand

reichen. Diese Artikel gehen von der „Tägl. Rundschau“ aus durch die ganze konservative Presse, und mit was für Ueberchriften: Für den Militarismus gegen die Politik der Sozialdemokraten! Auf dem Verbandstage muß geigt werden, was unsere Führer zu tun haben. Sie müssen sich dem Willen der Mitglieder fügen, sie können nicht zugleich zweien Herren dienen. Sie sind doch ausführende Organe der Organisation. Die bürgerliche Presse und deren Mitarbeiter haben gar kein Recht, sich über den Gewaltfrieden zu beschweren, denn während des ganzen Krieges haben diese den Gewaltfrieden für die Gegner durch Wort und Schrift empfohlen.

Wir Arbeiter sind international. Deshalb dürfen wir aber nicht abwarten, daß die Arbeiter der anderen Länder uns den Weg zeigen. Nein, wir müssen vorangehen und dadurch alle anderen Länder mitreißen. Da darf man nicht kleinliche Rücksichten üben gegen unseren Niederbrüder, das Kapital. Im November 1918 war unsere Zeit gekommen, von unserer Macht durften wir nichts preisgeben, bis alle Arbeiter, die heute noch dem sozialen Fortschritt fernstehen, zu der Ueberzeugung der internationalen Verbrüderung zum Sozialismus gekommen waren. Sodann wäre auch die wahre Demokratie gesichert gewesen, die uns ein sozialistisches Parlament gebracht hätte. Daß wir nach diesem Völkermorden volle Gleichberechtigung erhalten, daß wir uns eben so fast eben diesen, wie der Kapitalist, daß also unsere wirtschaftliche Lage dementsprechend gehoben werden muß, müßte einem jeden Arbeiter und Führer klar sein.

M. Artmann, Wilhelmshaven.

Gau 9.

Am 11. Mai tagte in Erfurt eine Konferenz der Zahlstellenverbände und Vertrauensleute der Einzelmitglieder des Gaus, um der Frage der Einheitlichkeit der Löhne in Thüringen resp. im Gau 9 näherzukommen. Der Gauvorsitzende Mähler-Erfurt eröffnete um 10 Uhr die Konferenz. Als Vorsitzender wurde Mähler-Erfurt, als Schriftführer Bed-Erfurt gewählt. Vertreten waren die Zahlstellen: Arnstadt, Eisenach, Eisenberg, Erfurt, Gera, Gotha, Halle, Jena, Langensalza, Nudolstadt, Sonneberg, Schleiz, Weimar und Weisenfels, nicht vertreten die Zahlstellen Mühlhausen, Saalfeld und Zeitz. Von den Einzelmitgliedern waren Schren, Jämenau, Schm. Walden, Pögned und Ruhla vertreten.

Betriebsleiter Machner-Leipzig erstattete über die bis jetzt abgeschlossenen und noch abzuschließenden Tarife Bericht und machte den Vorschlag, den Erfurter Tarif als Grundlage für Groß-Thüringen zu benutzen. Dieran knüpfte sich eine längere Debatte, an der sich sämtliche Kollegen sehr regen beteiligten. Wischoff-Gera brachte zum Ausdruck, daß mit den Löhnen, die der Geraer Tarif vorsieht, unter den jetzigen Verhältnissen unmöglich noch auskommen ist. Die Ferienfrage müßte unter allen Umständen schon jetzt durchgedrückt werden. In bezug hierauf stellte er den Antrag, die Ferienfrage für Groß-Thüringen wie folgt zu regeln: Nach einjähriger Tätigkeit 6 Arbeitstage, für jedes weitere Jahr einen Arbeitstag mehr bis zum Höchstjah von 12 Arbeitstagen, unter Fortzahlung des Wochenlohnes. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Sämtliche Kollegen waren sich in ihren Ausführungen einig, daß wir unter allen Umständen einen Tarif für Groß-Thüringen schaffen müssen, damit die Kollegenchaft schon jetzt auf ihre Rechnung käme, solange der Reichstagsvertrag nicht zum Abschluß gekommen ist. Eisler-Langensalza schilderte die Verhältnisse, wie sie bei seiner Rückkehr aus dem Felde in Langensalza bestanden hätten. Wurden doch noch zu dieser Zeit Friedenslöhne von 28 M. bezahlt. Wagner-Jena brachte die Jenaer Verhältnisse zur Sprache. Hier liegen die Verhältnisse noch sehr traurig, werden doch noch Löhne von 23 M. und 40 M. gezahlt. Dittmar-Ruhla begrüßt die Schaffung einheitlicher Lohnsätze. Zum Einzelarbeitertarif vertritt er den Standpunkt, daß die Einzelarbeitertarifen nichts gegönnt haben, was für die Kollegen von wirklichem Nutzen gewesen wäre. Ferner beantragt er eine mindestens 50prozentige Lohnhöhung für Ruhla. Sülz-Eisenberg bringt zum Ausdruck, daß die Klassenenteilung, wie sie der Einzelarbeitertarif vorsieht, wegfallen müsse, da doch die Teuerung an allen Orten die gleiche sei. Seegellen-Gotha brachte zur Sprache, daß in Gotha noch Heimarbeiter vergewaltigt wird. Alle Anwesenden waren sich darin einig, daß dies in Zukunft unterbleiben müsse, da in Gotha doch sicher noch arbeitslose Kollegen vorhanden seien. Da in der Diskussion verschiedene Kollegen den Dresdener Tarif als Unterlage benutzten, wies Wagner darauf hin, daß wir es hier

nur erst mit einem Entwurf zu tun haben. Ferner macht er darauf aufmerksam, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht so sind, wie sie sein sollten und wir uns an das halten müßten, was wir unter allen Umständen erreichen könnten. Er empfiehlt deshalb, den Erfurter Tarif durchzuführen, da dieser für manche Orte ganz bedeutende Lohnhöhungen mit sich bringt. Folgender Antrag des Kollegen Friedel-Sonneberg wurde einstimmig angenommen:

Der Tarifvertrag für Groß-Thüringen, dem sich auch der Erfurter Tarif angeschlossen hat, soll folgende Richtlinien festlegen:

1. Keine Stundenlöhne, nur feste Wochenlöhne;
2. Abkufung nach Altersklassen, nicht Berufsjahre;
3. Aftorarbeit ist möglichst zu vermeiden;
4. Ferien nach Antrag Wischoff-Gera;
5. Der Vertrag gilt bis zum 31. August 1919, vorausgesetzt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse keine Verschlechterung erfahren;
6. Wo bereits höhere Löhne bestehen, dürfen dieselben nicht gekürzt werden;
7. Der Tarif ist zulässig für alle Betriebe in Groß-Thüringen.

Sodann sprachen sich verschiedene Kollegen für Schaffung eines graphischen Kartells aus. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß es notwendig sei, dieser Frage näher zu treten. Schon vor dem Kriege wurde Annäherung an den Buchdruckerverband gesucht, die aber an dem Kartellgeist der Buchdrucker scheiterte. Als Delegierter zum Gewerkschaftskongress wurde Wagner einstimmig vorgeschlagen. Das Verhalten des Verbandsvorstandes wurde scharf kritisiert, weil er zwei Mandate für den Kongress für sich in Anspruch nehme. Mähler-Erfurt brachte ein Schreiben des Verbandsvorstandes zur Vertiefung, nach dem derselbe es ablehnt, die Kosten für die Konferenz zu tragen. Es entspann sich hierüber eine längere sehr erregte Debatte, in der Friedel-Sonneberg den Antrag einbrachte:

Die heutige Konferenz der Zahlstellenverbände stellt erneut an den Verbandsvorstand den Antrag, die Kosten der heutigen Konferenz auf die Verbandstage zu übernehmen, da infolge des Krieges die Gau- und Lokalfällen außerordentlich geschwächt sind und eine Uebernahme auf diese Klassen unmöglich ist. Daß die Konferenz dringend notwendig war, wird von allen Anwesenden anerkannt.

Ferner wurde beschlossen, die Gaubeiträge ab 11. Quartal wieder zu erheben. Verschiedene Vorschläge wurden betrefis Gautag gemacht. Merxen-Halle ist der Meinung, daß es nicht unbedingt notwendig ist, vor dem Verbandstag noch einen Gautag einzuberufen, da doch alle Anträge 10 Wochen vor dem Verbandstag in der „Buchbinder-Zeitung“ bekanntgemacht werden und die Kollegen dann dazu Stellung nehmen können. Er ist dafür, daß der Gautag nach dem Verbandstag stattfindet. Dem tritt Mähler entgegen, da statutengemäß der Gautag vor dem Verbandstag stattfinden hat. Sodann fanden noch verschiedene Fragen über den Verbandstag ihre Erledigung. Mähler wurde beauftragt, beim Verbandsvorstand dahin zu wirken, daß bei der Wahl der Delegierten der Gau zusammengelegt wird, damit nicht wie früher Vertreter aus anderen Gauen angeeilt werden. Die Konferenz war sich auch darin einig, daß nicht das 4. Quartal 1918, sondern das 1. Quartal 1919 bei der Wahl der Delegierten zum Verbandstag zugrunde gelegt wird, da doch alle Zahlstellen im 1. Quartal eine ganz bedeutende Mitgliederzunahme zu verzeichnen haben. Mähler macht noch darauf aufmerksam, das Resultat dieser Verhandlungen den Zahlstellen zu unterbreiten und auch fernerhin für den Verband zu arbeiten, wie es bis jetzt getan wurde, damit auch der letzte Mann unsern Verbände zugeführt werde.

Eduard Des.

Berichte.

Berlin. Die Album-, Mappen- und Galanteriebranche hielt am 14. Mai eine Brandensversammlung ab, die sich mit der Beratung eines neuen Tarifvertrages beschäftigte. Der von einer in der vorhergehenden Versammlung gewählten Kommission ausgearbeitete Tarifentwurf fand mit wenigen Änderungen die Zustimmung der Versammelten, er soll als Verhandlungsbasis mit der Fabrikantenvereinigung dienen.

Bei der Festsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit wurde der früher schon üblichen Gepflogenheit, am Wochenende einen früheren Arbeitschluß einzutreten zu lassen, Rechnung getragen und die wöchentliche Arbeitszeit auf 46 Stunden normiert. An den ersten fünf Wochentagen soll die tägliche Arbeitszeit je 8 Stunden, des Sonnabends und an den Vorabenden gesetzlicher Feiertage jedoch nur 6 Stunden betragen. An den Vorabenden vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten soll um 12 Uhr mittags Arbeitschluß eintreten.

Bei der Aufstellung der zu fordernden Lohnsätze trat der Wunsch gütige, an Stelle der bei Zeitlohnarbeitern bisher üblichen Stundenentlohnung eine wöchentliche Entlohnung treten zu lassen. Die sich hierbei ergebenden Lohnsätze entsprechen, aus Stunden umgerechnet, einem in den meisten Fällen jetzt schon tatsächlich gezahlten Lohn. Gefordert werden für Arbeiter, die 3 Jahre gelernt haben und sich im 1. Gehaltsjahre befinden, wöchentlich 105 M. Für Album-, Klappen- und Galanteriearbeiter sowie für solche Hilfsarbeiter, die sich die Fertigkeiten gelernter Arbeiter angeeignet haben und sie auch ausführen, wöchentlich 135 M. Für Spezialarbeiter, wie Maschinenmacher, Goldschmiedemacher, Presser und alle an Maschinen tätigen Arbeiter wöchentlich 148,50 M. Für Arbeiterinnen unter 18 Jahren in den ersten 3 Monaten ihrer Tätigkeit im Beruf 25 M., in den zweiten 3 Monaten 35 M., in den nächsten 3 Monaten 45 M. und in den folgenden 3 Monaten 55 M. Für Arbeiterinnen über 18 Jahre in den ersten 3 Monaten 40 M., in den zweiten 3 Monaten 50 M., in den nächsten 3 Monaten 60 M., in den folgenden 3 Monaten 70 M. Nach Ablauf dieser Zeit erhält die Arbeiterin den Mindestwochenlohn der geübten Arbeiterinnen von 85 M. Selbständig arbeitende Fertigmachenden und Arbeiterinnen, welche die Arbeiter von Schiffen anfertigen, erhalten den Lohn der ausgeleiteten Arbeiter von 105 M. Den gleichen Lohn sollen auch die Holzkritzerinnen, Bronziererinnen und Bronzeabwischerinnen erhalten. Alle bisherigen Allordlöhne gelten mit Inkrafttreten dieses Vertrages für aufgehoben. Alle Artikel sind unter Dinzugiehung des Arbeiterschlusses neu zu kalkulieren und so anzusetzen, daß ein Arbeiter mittlerer Leistungsfähigkeit die oben vorgezeichneten Lohnsätze erreicht. Kleinere Quantitäten, als der Kalkulation zugrunde gelegt, sollen mit erhöhten Prozentsätzen oder im Wochenlohn angefertigt werden.

Besondere Bestimmungen regeln die Beschäftigung von Heimatarbeitern, als welche nur solche Personen beschäftigt werden sollen, welche wegen chronischer Krankheiten, körperlicher Gebrechen oder hohen Alters nicht mehr im Fabrikbetrieb arbeiten können. Das dem Heimatarbeiter überwiesene Arbeitsquantum darf zum Zwecke gleichmäßiger Verteilung nicht größer sein, als im Durchschnitt auf den gleichen Werkstattdarbeiter entfällt. In der gesamten Branche dürfen Zwischenschleifer nicht beschäftigt werden. Gänzlich neu sind die Bestimmungen über Urlaub, die mit Staffellungen von 3-12 Arbeitstagen je nach der Beschäftigungsdauer vorgegeben sind unter Fortsetzung des Lohnes.

Einen längeren Raum nehmen die Bestimmungen über das Lehrlingswesen ein.

Die Zahl der in einem Betriebe zu beschäftigenden Lehrlinge muß sich nach der Anzahl der jeweilig tätigen Gesellen richten und darf nicht mehr als fünf bei mindestens 20 Gesellen betragen.

Die Lehrgelt beträgt 3 Jahre bei einer täglichen Arbeitszeit von 6 Stunden im 1. Lehrjahre, 7 Stunden im 2. und 8 Stunden im 3. Lehrjahre. Als Entschädigung werden gefordert 15 M. im ersten und 20 M. im zweiten Lehrjahre und in den beiden letzten Halbjahren je 25 M. und 30 M. Die Arbeitsvermittlung soll nur durch den paritätischen Arbeitsnachweis für das Buchbindergewerbe erfolgen. Entsprechend der Bedeutung der Arbeiterauschüsse resp. Betriebsräte in der neuen Zeit ist dieser Vertretung der Arbeiterschaft ein besonderer Paragraph gewidmet. Die Bestimmungen über Zusammenlegung und Wirken der Schlichtungskommission sind dem alten Vertrag entnommen, während die Gültigkeitsdauer erstmalig vom 1. Juli 1919 bis 30. Juni 1920 festgesetzt ist unter eventl. einjähriger Verlängerung bei Nichtabfindung zu dem vorgesehenen Termin.

Bergeborf. Eine sehr hart besuchte Versammlung der Kartonnagenarbeiterschaft in Bergeborf forderte für die Kollegen und Kolleginnen die Regelung der Löhne genau so wie in Hamburg. Das Personal der Firma Rembrüser u. Co. ist gut organisiert und verlangte weiter die sofortige Auszahlung der Kaufionsgelder, Auszahlung der Strafgebühren, den Allordarbeiterinnen ist das Werkstättenzettel in Lohn zu zahlen, und die Lehrlinge sollen nur in Lohn entlohnt werden. Gewerter Klüßer wies auf ein strenges Zusammenhalten der Kollegenchaft in den Betrieben und der Organisation hin, da auf einem anderen Wege eine Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht zu erzielen sei. Viele Neuaufnahmen brachten dem Verband neue Kämpfer.

Rosau. Nach mehreren Verhandlungen mit den Unternehmern im Buchbindergewerbe ist jetzt ein Tarif für alle im Gewerbe beschäftigten Personen zu Stande gekommen. Unter Anrechnung an den Könnigsfelder Tarif regelt derselbe die Lohn- und Ar-

beitsbedingungen für Bonn und Umgegend. Er setzt Wochenlöhne für gelernte Arbeiter bis zu 80 M., für Hilfsarbeiter bis zu 60 M. fest. Sodann sind die Arbeiterinnen auch in den Tarif mit eingeschlossen. Diese sollen, wenn über 20 Jahre alt, 34 M. Wochenlohn erhalten und alle Arbeiterinnen, die 10 Jahre im Beruf tätig sind, 45 M. Der Tarif gilt vom 5. Mai bis 1. August dieses Jahres. An ihm sind beteiligt die Vereinigung selbständiger Buchbindermeister und der Verein der Buchdruckermeister von Bonn sowie die Zahlstelle Bonn unferes und des Christlichen Verbandes. Hoffen wir, daß der Tarif endlich geregelte Zustände innerhalb unseres Gewerbes herbeiführt.

Die Mitgliederzunahme unserer Zahlstelle ist fortwährend im Steigen begriffen. Wir haben 250 bereits erreicht und die neu hinzugekommenen Kollegen und Kolleginnen werden auch treu zur Organisation halten. Denn nur dadurch kann das Erreichte auch festgehalten und bei einer Revision des Tarifs zum Wohle unserer Mitglieder auch weiter ausgebaut werden.

Bremen. Mitte März begann eine Lohnbewegung der Kartonnagenbranche. In einem der größten Betriebe bestand eine dermaßen schlechte Entlohnung, daß sie mit der jetzigen Teuerung absolut nicht in Einklang zu bringen war. Alle in Frage kommenden Beschäftigten wurden zu einer Versammlung geladen, die den Vorstand der Zahlstelle Bremen beauftragte, die Forderung auf einheitliche bessere Entlohnung analog den Buchbindern zu stellen. Es ist uns gelungen einheitliche Mindestlöhne zu erreichen, wenn diese auch nicht ganz die Höhe der Buchbinderlöhne erreichen. Aber wir haben eine Grundlage, auf der wir weiterbauen können. Es soll jetzt gefordert werden an angeleitete männliche Hilfsarbeiter von 16 bis 18 Jahren 0,70 M., von 18 bis 20 Jahren 0,80 M., von 20 bis 22 Jahren 0,90 M., über 22 Jahre 1,10 M., Verarbeitete 1,10 M., Facharbeiter mit 5jähriger Vorkurs erhalten unter 25 Jahren 1,25 M., über 25 Jahre 1,40 M., Verarbeitete 1,50 M. Anfängerinnen von 16 bis 18 Jahren erhalten 0,40 M., von 18 bis 20 Jahren 0,50 M., Geübte Hilfsarbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren erhalten 0,55 M., von 18 bis 20 Jahren 0,65 M., über 20 Jahre 0,70 M. Vorbehaltlich eines neuen Reichstarfs.

Unsere Kollegenchaft war nicht mit den niedrigen Sätzen einverstanden. Darauf wurde von den Arbeitgebern auf die auswärtige Konkurrenz hingewiesen, die es verbiete, höhere Löhne zu zahlen. Besseren Lohnes sollen nicht geschäftigt werden. Bestimmte Ferien wurde erklärt, daß bei besserem Beschäftigung Urlaub gewährt würde. Das Gesamtangebot wurde in angelegener Stimmung vorläufig angenommen.

Burgstädt. Seit dem 1. April ist auch in unserem Städtchen wieder eine Zahlstelle eingerichtet. Während des Krieges war bis auf den letzten Mann alles weggeholt worden. Um so mehr haben sich jetzt die Kollegen und Kolleginnen der Buchbindereien, Kartonnagen- und Prägereibetriebe wieder aufgekratzt. Sie haben sich fast restlos unserem Verband angeschlossen. Alle waren sich einig darüber, daß ihre Existenz zu verbessern nur durch ein geschlossenes Vorgehen der Arbeiterschaft erreicht werden kann. Am 28. April reichten wir durch den Gewerter Rißke an die Unternehmer unseren Tarif ein. Diese antworteten mit einem Gegenentwurf, der für uns unannehmbar war. Eine gemeinsame Unterhandlung brachte einen Erfolg, mit dem wir zufrieden sein können. Bei den männlichen Arbeitern aller in Frage kommenden Branchen sind Lohnaufbesserungen von 12 bis 35 M. pro Woche erzielt worden. Zu einer Überhöhung der Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden waren die Unternehmer nicht zu bewegen. Die Löhne für gelernte Zuschneider, Buchbinder, Linierer und Preßergolber sind folgende: Im 1. Jahre der Berufstätigkeit als Geselle pro Stunde 1.— M., im 2. Jahre 1,20 M., im 3. Jahre 1,40 M., nach dieser Zeit 1,60 M. Nach dreijähriger Tätigkeit im Betrieb sind diese Löhne Wochenlöhne. Buchdrucker- und Buchbindereibildarbeiter können mit 10 Proz. weniger entlohnt werden. Für Hilfsarbeiter (Kleber, Stanger) unter 18 Jahren im 1. Jahre der Berufstätigkeit pro Stunde 40 Pf., unter 18 Jahren im 2. Jahre 50 Pf., über 18 Jahre im 1. Jahre der Berufstätigkeit pro Stunde 55 Pf., im 2. Jahre 60 Pf., im 3. Jahre 80 Pf. Für Rührer und lernende Zuschneider im 1. Jahre der Berufstätigkeit pro Stunde 70 Pf., im 2. Jahre 85 Pf., im 3. Jahre 1.— M. Nach dieser Zeit sind die Gehaltslöhne zu zahlen. Lernende Tafelarbeiter erhalten im ersten Halbjahr 30 Pf., im zweiten Halbjahr 40 Pf., im 1. Jahre der Berufstätigkeit 50 Pf., im 2. Jahre 60 Pf., im 3. Jahre 70 Pf. Nach dieser Zeit 90 Pf.

Besonders tüchtige erhalten 1.— M. Arbeiterinnen (Dienstmädchen) im ersten Halbjahr 30 Pf., im zweiten Halbjahr 35 Pf. Kartonnagenarbeiterinnen im 1. Jahre der Berufstätigkeit 40 Pf., im 2. Jahre 46 Pf., im 3. Jahre 54 Pf., nach dieser Zeit 60 Pf.; besonders tüchtige erhalten 68 Pf. Prägereibetriebe erhalten im 1. Jahre der Berufstätigkeit 70 Pf., im 2. Jahre 85 Pf., im 3. Jahre 1,10 M. im Alter von über 25 Jahren 1,30 M. Arbeiterinnen sind nach den Sätzen der Kartonnagenarbeiterinnen zu bezahlen. Diese Vereinbarungen treten am 17. Mai in Kraft. Die Erhöhung der Löhne beträgt 2-9 M. pro Woche für weibliche. Dieser Erfolg wäre in Burgstädt nicht möglich gewesen, wenn die Kollegenchaft nicht so geschlossen vorgegangen wäre, gestützt auf unsere Organisation. In den Schlichtungsausschuss wurden folgende Kollegen gewählt: Schindler, Langer, Varsch; als Ersatzeleute Polern und Kollegin Fr. Junke. Des Weiteren sei noch erwähnt, daß am Dinnelochstage mit der Linbacher Zahlstelle gemeinsam ein Vergnügen in Burgstädt, Hotel Sächsischer Hof, stattfand.

Hamburg-Altona. Am 15. Mai fand eine überaus hart besuchte Versammlung der Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen statt, um zur Schaffung eines Reichstarfs und der Erhöhung der Löhne Stellung zu nehmen. In der lebhaften Diskussion kam die so äußerst schlechte Entlohnung der Kartonnagenarbeiterinnen zum Ausdruck. Besondere Erregung riefen die Mitteilungen einiger Arbeiterinnen hervor, daß die Firmen Orban und Krüger ihren Arbeiterinnen einen Anfangslohn von 9 M., die Firmen Wissermann, Höger und Podmütz vor-mals Reinfeilder u. Co., noch 10, 11 und 12 M. die Woche zahlten. Unverständlich ist es, daß bei der so verheerenden Lebenshaltung die Unternehmer ihrem Personal eine so schlechte Entlohnung anboten wagen, aber ebenso unverständlich ist es, daß die Eltern ihre Kinder für eine so schlechte Entlohnung in die Fabriken schicken. Von allen Meidern und Mednerinnen wurde der feste Zusammenschluß im Deutschen Buchbinderverband verlangt und aufgefordert, mit allen Mitteln eine kräftige Agitation zu betreiben. Der von der Branchenleitung der Kartonnagen ausgearbeitete Lohnarif verlangt die 45stündige Arbeitszeit, für Arbeiter und Zuschneider im ersten Jahre 80 M., im zweiten Jahre 98 M., und im dritten Jahre 105,50 M. Lohn für die Woche. Für angeübte Arbeiterinnen unter 16 Jahren 30 M., über 16 Jahre 30 M. Anfangslohn, nach einem halben Jahr im Beruf 48 M., nach 1 Jahr 54 M., nach 1 1/2 Jahren im Beruf 60 M. und nach zwei Jahren 67 M. für die Woche. Allordarbeiterinnen sollen vorstehende Löhne mit 20 Proz. Aufschlag garantiert werden. Bezahlung der Ferientage, Überstunden für die ersten zwei Stunden 50 Proz., weitere Stunden und Sonntagsarbeit 100 Proz. Aufschlag. Ferien im Sommer bei Fortzahlung des Lohnes nach einjähriger Beschäftigung 6 Tage, nach 2 Jahren 8 Tage, nach 3 Jahren 10 Tage und nach 5 Jahren 12 Tage. Werden Arbeiterinnen als Zuschneider oder mit Männerarbeit beschäftigt, so erhalten sie die für Arbeiter vorgezeichneten Löhne.

Lehrerwahl. Die hiesige Kollegenchaft hatte folgende Forderungen den Unternehmern der Papierwarenindustrie unterbreitet: 250 Proz. Teuerungszuschlag für Allordarbeiter und -arbeiterinnen, auch für Presserinnen an Kraftpressen; Erhöhung des Stundenlohnes eines Kollarbeiters auf 1,80 M.; 175 Proz. Teuerungszuschlag für Jugendliche von 14 bis 17 Jahren (lt. Aufsch. C des Tarifs von 1913); 25 Proz. Teuerungszuschlag für alle übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen von dem Verdienst, den sie jetzt haben (hier kommen alle diejenigen in Betracht, welche nicht im Tarif genannt sind, auch die Nichtvollarbeiter); Überhebung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 46 Stunden dergestalt, daß am Sonnabend nachmittag um 12 Uhr Schluss der Arbeitszeit ist. Begründet wurden diese Forderungen mit der unheimlichen Steigerung der Kosten aller zum Leben notwendigen Bedürfnisse. Dieses erkannten auch die Unternehmer in der am 13. Mai stattgefundenen Verhandlung an, doch betonten sie auch, daß unsere Branche nicht konkurrenzfähig bliebe gegenüber anderen Orten. Herr Böhm in Firma Wöhme u. Gannack erklärte auch, daß sie die Erhöhung der Löhne auf die Käufer der Artikel abwägen würden. Aber ob dann noch die Aufträge so zahlreich eingehten würden, müsse bezweifelt werden. Wir haben hier immer das gleiche Bild: Nur nicht von dem eigenen Gewinn den Arbeitern etwas zukommen lassen. In der Verhandlung selbst war der Kernpunkt die Frage der Beschäftigung der Frauen und Mädchen an den Handpressen, die also ausgeprochene Männerarbeit verrichten. Hier stellte sich die Kollegenchaft auf den Grundsatz: Gleichen Lohn für gleiche Arbeit, der aber von einigen Fabrikanten durchbrochen wird, denn in einigen Betrieben wird den Handpresserinnen der

gleiche Lohn wie den Männern gewährt, in anderen wieder nicht. Die Kollegenschaft fordert deshalb, weil das Pressen absolut keine Frauenarbeit ist, entweder die Entfernung der Kolleginnen von den Pressen oder aber gleiche Bezahlung. Dazu wollten sich die Unternehmer in der Verhandlung nicht verstehen, wohl wissend, daß sie in den Frauen ein gutes Ausbeutungsojekt besitzen. Sie zerlegten darum unsere Forderung und bewilligten nach schwierigen Auseinandersetzungen folgendes: 220 Proz. Feuerungszuschlag für Presser, 160 Proz. für Presserinnen an Handpressen und 125 Proz. für Presserinnen an Straßpressen; Stundenlohn für Kollarbeiter 1,50 Mk.; 200 Proz. Feuerungszuschlag für Jugendliche von 14 bis 17 Jahren (laut § C des Tarifs von 1913); 25 Proz. Feuerungszulage für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die außerhalb des Tarifs stehen; Beibehaltung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 Stunden, jedoch mit dem Anheimgestellten, die Arbeitszeit an Tagen vor Sonn- und Festtagen um 2 1/2 Stunden zu verkürzen und diese Zeit auf die übrigen Arbeitstage zu verteilen. — In der Versammlung vom 14. Mai erklärte sich die Kollegenschaft mit diesen Zugeständnissen der Arbeitgeber nicht zufrieden. Sie wären noch geneigt gewesen, auf dieselben einzugehen, wenn nicht die verlegenden Ausdrücke und Schikanierungen durch einzelne Unternehmer rechtzeitig bekannt wurden. Sie beauftragten deshalb erneut die Ortskommission, in Verhandlung mit den Unternehmern zu treten, und zwar auf folgender Grundlage: 225 Proz. Feuerungszulage für Presser und Presserinnen an Handpressen, ev. die Handpresserinnen nur Einsteller machen zu lassen, und erhalten diese 175 Proz.; für Arbeiterinnen an Straß- und Druckpressen 175 Proz.; Erhöhung des Stundenlohnes eines Kollararbeiters auf 1,76 Mk., für gelernte auf 1,90 Mk.; Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 48 Stunden; Schluß der Arbeitszeit an Tagen vor Sonn- und Festtagen um 1/2 Uhr nachmittags. Auch diese Forderungen bleiben hinter denjenigen Lohnverhältnissen zurück, welche für die Arbeiterschaft der anderen Branchen schon bestehen.

Regensburg. Auch hier in unserer schönen Donaustadt ist das so gewaltige und kräftige Einsehen des Gewerkschaftsgedankens nicht spurlos vorübergegangen, das sich in der erfreulichen Zunahme unseres Mitgliedsstandes zeigt, den wir bis heute auf 102 Mitglieder bringen konnten gegen einen Bestand von 81 am Schluß des vorigen Jahres. Ein gutes Zeichen, daß unsere Berufsangehörigen das höchste Vertrauen in unsern Verband setzen, der von Anfang an bemüht war, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern durch das Bestreben, als Folge möglichst günstiger tariflicher Abmachungen ein etwas erträgliches Dasein zu gewährleisten. Um unsern Mitgliedern Gelegenheit zu geben, ihre Ansichten über den zukünftigen Reichstaxi auszusprechen, fand am 8. Mai eine gut besuchte Versammlung statt, in der Gewerkschaftler Weinsöder-München ein Referat darüber hielt, wie die geplante Einführung dieses Reichstaxies ermöglicht werden kann. Daß diese Aufgabe mit sehr großen Schwierigkeiten verbunden ist, muß man angesichts der Verschiedenartigkeit der bereits abgeschlossenen Tarife verstehen. Eine Einteilung in vielleicht drei Klassen, den Feuerungsverhältnissen der betreffenden Orte entsprechend, müßte vorgenommen werden. Auf alle Fälle sollen Orte, die bereits günstige Tarife aufweisen, in den jetzigen Reichstaxitarif mit einbezogen werden, wobei sicherlich Regensburg mit in Betracht kommen kann, weil es als Buchgewerbestadt nicht an letzter Stelle steht und der vorhandene Tarif nicht ungünstig ist. Um dies baldigst bayerischen zu können, ist eine geschlossene und einige Kollegenschaft notwendig. Denn daß eine Zersplitterung der Arbeiter für diese schädlich ist, hat sich gerade hier bewiesen. Es haben schon viele Kollegen eingesehen, daß der Tarifabschluß von 1912 nur für die Arbeitgeber günstig war, und daß diese nicht umsonst auf die Uneinigkeit der Kollegenschaft spekuliert haben. Eine eingehende Resolution mit folgendem Wortlaut wurde einstimmig angenommen:

„Nachdem für die Kartonnagen- und Vielesum-Kollegenschaft Reichstaxi geschaffen werden, stellt die jährlich besuchte Versammlung den Antrag, den Verbandsvorstand aufzufordern, sofort auch die Schaffung eines Reichstaxi für das gesamte Buchbindergewerbe zu veranlassen. Mindestens sind solche Städte, die bereits abgeschlossene Tarife haben, in den Reichstaxitarif mit einzubeziehen und dem Tarifante zu unterstellen.“

Der kommende Verbandstag muß sich mit dieser Angelegenheit in erster Linie befassen; nicht über Vergangenes nutzlos debattieren, sondern für die Zukunft arbeiten. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß auch die Buchbinderarbeiter anderer Orte sich mit unserer Forderung in Übereinstimmung befinden, und wir fordern alle Verbandskollegen und -kolleginnen auf, Kundgebungen ähnlicher Art vorzunehmen, um den Reichstaxigedanken zu fördern.

Eine Nachrevidion unserer letzten Feuerungsanlagen war erforderlich, da einige kleinere Betriebe nicht bewilligt hatten. Bei zweien konnte die Hälfte der Forderung durchgebracht werden, während ein Betrieb mit 5 Personen diese strikte ablehnt und sich nur auf Stundenlöhne einlassen will. Da aber unser Tarif nur Wochenlöhne mit Bezahlung der Feiertage vorzieht, kann diesem Ansinnen nicht entsprochen werden, und sollen auf Aufforderung der Versammlung hin weitere Schritte veranlaßt werden. Wie sich eine allzu rigorose Behandlung des Personals durch Werkführer und andere Personen rächt, zeigt sich darin, daß ein großer Teil der beteiligten Kollegen und Kolleginnen als Protest den Beitritt in unsern Verband vollzogen hat und weitere Eintritte demnächst zu erwarten sind. Da ein Teil der Tagesordnung nicht erledigt werden konnte, erfolgt die Fortsetzung am 31. Mai, zu der zahlreicher Besuch erwartet wird.

Rundschau.

Dr. G. O. Es kommt der Tag. Harte Bedingungen hat die Entente unserem Volke auferlegt. Man will es wirtschaftlich wiederherstellen auf lange Zeit, seine freie wirtschaftliche Entwicklung zunichtem, damit es ewig in langsameren wirtschaftlichen Bahnen wandeln soll. Können sie das? Können sie die Menschen sind von Fleisch und Blut, die Entwicklung hemmen, die aus ewigen Gesetzen geboren und elementar ist in ihrer Art und Wirkung?

Wie war es mit uns, mit der Bewegung des proletarischen Volkes, als auch unsere Entwicklung die imperialistische Macht zu hemmen suchte? Waren wir klein, bloß zurück unter Aufsicht? Oder waren wir es nicht, die jene imperialistische Diktatur für ewige Zeit besetzten?

Das einzige herrschende Gesetz der Welt ist das Prinzip der Entwicklung, eine ewige, unabänderliche, gewaltige Kraft, gegen die der Mensch ohnmächtig ist, und wenn er sich noch so mächtig dünkt. Aufhalten kann er sie wohl auf ihrem Wege, doch sammelt sie dann vor dem Demnis ihre strömende Energie, um mit elementarer Gewalt, wenn ihre Zeit gekommen, niederzureißen all den Tand, der im Wege liegt, und mit aufgespeicherter Kraft dann um so schneller ihren natürlichen notwendigen Weg zu gehen.

Das Prinzip der Entwicklung aber ist das Streben zur Freiheit der Persönlichkeit in einer Einheit. Darum wurde immer größer der Persönlichkeitsdrang, darum immer größer der Kreis des Zusammenlebens. Und was ist es, das in der Bewegung des arbeitenden Volkes auch wir wollen, was auch wir erstreben in unserem Gewerkschaftskampfe? Freiheit, Freiheit, körperlich, geistig und sittlich, eine freie Persönlichkeit, nicht nur politisch, auch in unserer Arbeit, die den Kernpunkt unseres Daseins bildet. Und diese Freiheit kann nur gedeihen in einer auf Freiheit gegründeten harmonischen Einheit. Weil wir in unserem Kampfe die Träger der natürlichen Entwicklung sind, so sind wir, im Gegensatz zu jenen imperialistischen Totengräbern ihrer eigenen Macht, Faktoren der Entwicklung.

Und gleich wie wir, so führen unsere Brüder in den anderen Ländern auch ihre gewerkschaftlichen Kämpfe, alle um das eine gleiche Ziel und alle vereint verlangen wir die Beachtung des einen gleichen Prinzips der Einheit in Freiheit auch im Zusammenleben der Völker. Wenn der Imperialismus dem zuwider, wenn er die Macht will statt des Rechts, die Faust statt des Hirns und des Herzens, dann wird all die Empörung und Erbitterung, all die neuerwachte Heberzeugung von der Notwendigkeit einer sittlichen Welt bei unseren Arbeitbrüdern überall auf dem Erdenrund voller und weiter machen das Hirn und das Herz und in ihnen ansammeln all die aufgehaltene Entwicklungsenergie, bis das Maß voll ist und die Leidenschaft des Herzens überläuft und sie an einem Tag vernichtet, was man für ewige Zeit glaubte geschaffen zu haben.

Die Entwicklung ist das eine Gesetz der Welt, zu Freiheit in Einheit geht ihr natürliches Streben, das proletarische Volk mit seinem Freiheitskampfe ist allein ihr Träger. Und darum werden wir frei und glücklich werden, wenn die proletarische Freiheitsidee in aller Welt anerkunden ist, spricht auch mit noch so vollen Rachen der Imperialisten Mund.

Gau 6/7, Hamburg.

Der Gauvorstand beruft zu Sonntag, den 8. Juni (Pfingsten), vormittags 9 Uhr, einen **Gautag** nach Hamburg, Gewerkschaftshaus, ein. Als vorläufige Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Bericht des Gauvorstandes.
2. Die Lohnbewegungen im Gau.
3. Die fernere Gestaltung unserer Organisation und der bevorstehende Verbandstag.
4. Coll. Stellungnahme zu den Anträgen des Verbandstages.
5. Verbandsangelegenheiten.

Die Zahlstellen wollen uns bis zum 25. Mai die auf dem Gautage zur Verhandlung kommenden Anträge mitteilen. Desgleichen ersuchen wir, bis zum 28. Mai die Namen und Adressen der zum Gautag gewählten Delegierten mitzuteilen. Gäste willkommen.

Der Gauvorstand. J. A.: Fr. Küper.

Gau 11/13.

Der unterzeichnete Gauvorstand beruft hiermit auf Sonntag, den 29. Juni, einen **Gautag**

ins Frankfurter Gewerkschaftshaus, Am Schwimmbad 8, Saal A, ein. Die Tagung beginnt um 9 Uhr vormittags. Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Bericht über den Stand der Organisation im Gau und in den Zahlstellen. Referent Kollege Weg.
2. Die fernere Gestaltung des Tarifwesens.
3. Beschlußfassung über die vorliegenden Anträge.
4. Stellungnahme zum bevorstehenden Verbandstag.
5. Verschiedenes.

Die Zahlstellen werden aufgefordert, sofort zum Gautage Stellung zu nehmen und evtl. Anträge bis 7. Juni an uns einzusenden.

Durch die Verschmelzung der beiden Gause liegt ein einheitliches Reglement nicht vor, die Delegiertenzahl wurde vom Gauvorstand wie folgt festgesetzt: Zahlstellen bis 100 Mitglieder entsenden einen Delegierten, bis 200 Mitglieder 2, bis 300 Mitglieder 3, bis 400 Mitglieder 4, im Höchstfalle 6 Delegierte auf eine Zahlstelle. Einzelmitglieder bei 10 Mitgliedern einen Delegierten.

Der Gauvorstand.

J. A.: O. Weg, Frankfurt a. M., Allerheiligenstr. 61, 11.

Adressenänderungen.

- Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.**
 B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
Bromberg. B.: B. Dahlke, Pringelshof bei Bromberg, Schleußtr. 8. K.: R. Franz, Bromberg, Alte Str. 3a.
Hensburg. B.: F. Stein, Junkerhofweg 10 I, K.: B. Stegl, Jürgenstr. 70 p.
Goldberg i. Schl. B.: R. Müller, Obere Kobestraße 8. K.: B. Hoffmann, Ring 24.
Girschberg. B.: E. Hölzel, Sand 16, K.: R. Schlegel, Dunke Burggasse 18 I.
Karlshöhe. B.: G. Kroner, Leopoldstr. 8 IV, K.: Fr. Huber-Winter, Ruppurer Str. 20 (Haus 8).
Krieglich. B.: B. Bruck, Breslau, Margaretenstraße 17 III. K.: M. Wallenstein, Grewandstr. 8a.
Oldenburg i. Old. B.: Th. Heise, Schloßstr. 17. K.: A. Herkus, Büchelstr. 20 p.
Striegau. B.: F. Alber, Güntherstr. 84. K.: Frau Emma Schneider, Gräbenstr. 2.
Wesel. B.: G. Kummer, Venloer Str. 61. K.: J. Blumensaat, Steinstr. 10.

Briefkasten.

Zurückgestellt infolge Raummangels wurden: Aufgaben unseres Verbandstages. — Graphischer Induitrieverband. — Die Stellung und Entschädigung der Kassierer unserer Zahlstellen. —

In unsere Berichtshäter und Schriftführer! Infolge der bevorstehenden Festtage muß Nr. 23 der „Buchbinder-Zeitung“ vom 1. Juni einen Tag früher abgeschlossen werden. Für diese Nummer bestimmte Einkündigungen müssen am 25. Mai in unserem Besitz sein, wenn sie in Nr. 23 noch Aufnahme finden sollen. Das gleiche gilt für Nr. 26 vom 15. Juni. Für diese Nummer bestimmte Zuschriften müssen am 7. Juni früh in unseren Händen sein.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandten Geschäftszweige.

Der unterzeichnete Vorstand beruft hiermit die mehrfach wegen der Kriegsverhältnisse verschobene regelmäßige

Ordentliche Generalversammlung

zu Sonntag, den 17. August und folgende Tage, nach dem Gewerkschaftshaus in Hannover ein. Eröffnung: Vormittags 10 Uhr.

Tagesordnung.

1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes.
2. Bericht des Aufsichtsrates.
3. Prüfung und Befähigung der Jahresrechnungen 1911—1918.
4. Beschlussfassung über die in den Jahren 1914, 1915 und 1918 gemäß § 20 Abs. 4 der Satzung vorgenommenen Satzungsänderungen.
5. Beratung und Beschlussfassung der Anträge zur Satzung.
6. Feststellung der Beamtenegehälter.
7. Wahl und Entlastung des Vorstandes, des Aufsichtsrates und deren Ersatzmänner.
8. Wahl des Revisionsausschusses zur Prüfung der Jahresrechnungen.
9. Verschiedenes.

Anträge, die auf die Tagesordnung der Generalversammlung kommen sollen, müssen dem Vorstand mindestens acht Wochen vor der Versammlung schriftlich mitgeteilt werden. (§ 21 Abs. 3 der Satzung.) Demnach sind solche Anträge bis spätestens zum 22. Juni an uns einzufenden. Jeder Antrag ist auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben, das nur auf einer Seite beschrieben werden darf. Auch ist genau anzugeben, zu welchem Paragraphen der zurzeit gültigen Satzung der Antrag gestellt worden ist.

Die Wahl der Abgeordneten zur Generalversammlung muß nach § 21 Abs. 4 der Satzung vier Wochen vor derselben, und zwar in allen Verwaltungsstellen an ein und demselben Tage stattfinden.

Es sind deshalb am Sonnabend, den 19. Juli, in sämtlichen Verwaltungsstellen Hauptversammlungen zum Zwecke der Wahl anzuberaumen. Früher oder später stattfindende Wahlen sind unzulässig. Die Versammlungsanzeigen sind zum Zwecke der Veröffentlichung im Kassenorgan bis spätestens den 8. Juni an den Vorstand einzufenden.

Die Wahl der Abgeordneten findet in Wahlabteilungen statt. Die Einteilung derselben ist vom Vorstand im Einverständnis mit dem Aufsichtsrat unter Berücksichtigung der am Schlusse des 1. Quartals in den Verwaltungsstellen vorhanden gewesenen Mitglieder wie folgt vorgenommen worden:

1. Abteilung (Leipzig): 7 Abgeordnete.
2. " (Berlin, Döbersee, Neu-Kruppin): 6 Abgeordnete.
3. " (Offenbach, Weiskirchen): 3 Abgeordnete.
4. " (Stuttgart): 2 Abgeordnete.
5. " (Hannover): 1 Abgeordneter.
6. " (Dresden): 1 Abgeordneter.
7. " (München): 1 Abgeordneter.
8. " (Bielefeld): 1 Abgeordneter.
9. " (Oberhausen): 1 Abgeordneter.
10. " (Mühlheim a. M., Kumpenheim): 1 Abgeordneter.
11. " (Büchel, Grünstadt, Hanau, Kandel, Sträßheimbolanden): 1 Abgeordneter.
12. " (Fechenheim, Wischoffsheim): 1 Abgeordneter.
13. " (Gausen, Jügesheim): 1 Abgeordneter.
14. " (Münster, Augsburg): 1 Abgeordneter.
15. " (Hamburg, Altona, Bremen, Breslau, Lübeck): 1 Abgeordneter.
16. " (Frankfurt a. M., Karlstraße, Mainz, Wiesbaden): 1 Abgeordneter.
17. " (Berg, Heusenstamm, Klein-Steinheim, Lammerspiel, Neu-Isenhardt): 1 Abgeordneter.
18. " (Freiburg i. B., Heilbronn, Mannheim): 1 Abgeordneter.
19. " (Chemnitz, Altenburg, Annaberg, Buchholz, Freiberg, Schleiz, Sehma): 1 Abgeordneter.
20. " (Eibersfeld, Barmen, Düsseldorf, Essen, W.-Gladbach): 1 Abgeordneter.
21. " (Dortmund, Köln, Bielefeld, Dülmen, Hagen, Iserlohn, Solingen): 1 Abgeordneter.
22. " (Halle a. S., Braunschw. Brügge, Cassel, Erfurt, Gotha, Stettin, Peitz): 1 Abgeordneter.
23. " (Lahr, Eßlingen, Konstanz, Neutlingen, Ulm): 1 Abgeordneter.
24. " (Regensburg, Jülich, Erlangen, Würzburg): 1 Abgeordneter.
25. " (Magdeburg, Anden, Bonn, Nevelaer): 1 Abgeordneter.
26. " (eingelstehende Mitglieder): 1 Abgeordneter.

Die eingestehenden Mitglieder werden hierdurch aufgefordert, Vorschläge zu Kandidaten mit genauer Angabe des vollen Namens, der Adresse und der Mitgliedsnummer des Vorgesetzten bis spätestens den 22. Juni an uns einzufenden.

Für die aus mehreren Verwaltungsstellen zusammengesetzten Wahlabteilungen gilt der festgedruckte Ort als Vorort. Derselbe hat die Pflicht, eine Verhändigung über die Kandidatenvorschläge anzubahnen und alle in der Wahlabteilung gemachten Vorschläge zusammenzustellen und den Verwaltungsstellen zu unterbreiten. Ein Sonderrecht des Vorortes besteht also nicht. Die entstehenden Unkosten für Porto usw. werden von der Hauptkasse getragen. Für besondere Wahltagation bzw. Sonderkandidaturen, die ohne Vermittlung des Vorortes etwa in die Wege geleitet werden, haben die Verwaltungsstellen selber aufzukommen.

Leipzig, den 17. Mai 1919.

Der Vorstand der Kasse.

Georg Zinse, Vorsitzender. P. Städter, Kassierer.

Arbeitslosen-Zulch-Balle f. Buchbinder und verwandte Berufe, Berlin.

Am 5. Mai verstarb unser Kollege Ernst Kattler, Buch-Nr. 2056,
 „ 6. „ unser Kollege Richard Britsch, Buch-Nr. 1227,
 „ 17. „ nach kurzem Krankenlager unser langjähriges Mitglied, Kollegin Gertrud Horn, Buch-Nr. 2083.
 Wir werden ihnen allen ein ehrendes Andenken bewahren. Der Vorstand.

Zahlstelle Frankfurt-Offenbach.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere Mitglieder
Heinrich Heil
 (Offenbach) Kartonnagenzuschnieber
 und **Marie Störlein**
 (Frankfurt) Buchbinderarbeiten
 verstorben sind.
 Ehre ihrem Andenken.
 Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Berlin.

Nachruf.
 Den Mitgliedern die Mitteilung, daß unser langjähriges Mitglied, der Kollege
Bruno Grünenberg
 nach langem, schwerem Leiden am 19. April gestorben ist.
 Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.
 Die Ortsverwaltung.

Seit 40 Jahren bestehende
Linier-, Paginier- u. Perforier-Anstalt

in Großstadt der Provinz Sachsen, ersteintheilungshalber zu verkaufen. Angebote u. A. G. 295 an H. Wölfe, Magdeburg.

Zur Vermählung unseres Kollegen
Ludwig Haas

sowie seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche.
 Zahlstelle Bonn.

Unserem lieben Kollegen
Gustav Steppat

und seiner Braut zur Vermählung die besten Glückwünsche.
 Zahlstelle Tüft.

Einismacher

Speziell für Schmutztuis verlangt
Einismachfabrik, Steffin, Wilhelmstr. 11.

Magdeburg

Bücherei im Stadtzentrum mit Buchbinderel, Kartonnagen- und Komobücherfabrik (altes eingeführtes Geschäft) altershalber sehr günstig zu verkaufen. Anzahlung 25 000 Mk. Anfr. unter N. 5. 2655 an Danneberg & Wagner A.-G., Magdeburg.

Buchb.-Handpresse

neu, billig zu verkaufen. Gumpert, Neufeldstr. 47.

Deutschlands Industrien und Deutschlands Handel
 kleben nur noch mit

Wiril Klebstoffen

(D. R. P. a.)

Glänzende Begutachtungen.

Lieferanten für Heeresverwaltungen, Behörden, Rüstungs- und kriegswichtige Betriebe etc. etc.
 Muster mit Angabe der Verwendungsart von 5 Kg. gern zu Diensten.

Chemisch-technische Werke Willybald Richter

Leipzig, Querstrasse 4—6, Telefon 3049.
 Telegramm-Adresse: Wirilwerke.

Zur Messe: Leipzig, Zeisighaus, I. Obergeschoß Stand 74-76.
 Deutsche Schuh- und Leder-Messe, Leipzig, Halle D, Stand 310/11.

Lohntarif für Buchbinderarbeiten

Preis für Mitglieder 1,20 Mk. einschließlich Porto (bei Parteibezug ermäßigt sich das Porto), für Nichtmitglieder 3,40 Mk.

Separat-Auszug für Mädchen-Arbeiten

Preis für Mitglieder 80 Pf., für Nichtmitglieder 1,30 Mk.

Der Versand erfolgt nur nach Voreinsendung des Betrages. Geldsendungen sind nur an E. Hauelsen, Berlin S. 59, Urbanstraße 63 I, Postfachkonto Nr. 23210, zu richten.

Anzeigen finden nur Aufnahme, wenn der Betrag eingekandt ist.